

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunstraße 8/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mfr. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mfr. 2.50, frei im Haus Mfr. 2.00, wo keine Post am Orte, Mfr. 2.34.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Anzeigengebühren beträgt für die einseitige Anzeigenzeit oder deren Raum 25 Pfennige. Für Anzeigen, welche die Veranlassung von Anzeigen 15 Pfennige. Zusätzliche Inserate 35 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 155.

Breslau, Donnerstag, den 6. Juli 1911

22. Jahrgang.

Der Fusel hat sie vereinigt.

Der sozialdemokratische Schnapsbohlokt hat die hocherfreuliche Wirkung gehabt, daß in dem Betriebsjahre 1909/1910, wie das nunmehr amtlich festgestellt wurde, der Konsum von Feinstbranntwein um 33 Prozent sich verringert hat. Das hat zur Folge gehabt, daß in den östlichen Provinzen Preußens die Fuselproduktion sehr erheblich gesunken ist; in der Provinz Posen zum Beispiel beträgt der Produktionsrückgang 19.18 Hektoliter. Die Posener Genossenschaftsbranntweinbesitzer, die jährlich circa 46 Millionen Mark beitragen hat, konnte nur in der Weise aufrechterhalten werden, daß die Steuerbefreiung die Kontingentshöhe um 500.000 Hektoliter reduzieren mußte. Die Schnapsbrenner erleiden dadurch einen Ausfall an der Liebesgabe von 10 Millionen Mark, heimsen jedoch weiterhin die stattliche Summe von 36 Millionen Mark in die Taschen.

Es wird nicht uninteressant sein, festzustellen, wie viel von der Branntweinliebesgabe die polnischen und die deutschen Fuselbrenner in der Provinz Posen für sich bis jetzt beanspruchen konnten. Aus Anlaß des fünfzigjährigen Jubiläums der Gründung des polnischen landwirtschaftlichen Zentralvereins für die Provinz Posen, welcher die wirtschaftliche Organisation der polnischen Großgrundbesitzer bildet, hat dessen Vorsitzender, Alterspräsident Dr. v. Radowski, unlängst eine größere Abhandlung über die Landwirtschaft dieses Landes teiles veröffentlicht.

In dieser Abhandlung gibt er unter anderem auch an, daß nach der neuesten Zusammenstellung in der Provinz Posen zurzeit 453 private Brennereien, außer den Genossenschaftsbrennereien, vorhanden sind. Von diesen befinden sich in den Händen der polnischen Großgrundbesitzer 158 Brennereien. Nach derselben Zusammenstellung betrug das Kontingent der Brennereien in der Provinz Posen insgesamt 335.614 Hektoliter, was bei einer Liebesgabe von 20 Mark pro Hektoliter einen Extrafuselprofiß von 6.712.280 Mark ausgemacht hat. Von dem Gesamtkontingent entfielen auf die Brennereien der polnischen Junker 111.607 Hektoliter, die der deutschen Junker 191.618 Hektoliter und auf die Genossenschaftsbrennereien 32.389 Hektoliter. Die Branntweinliebesgabe wurde in der Weise geteilt, daß von ihr

die polnischen Fuselbrenner . . 2.232.140 Mark
die deutschen Fuselbrenner . . 3.832.360 „

und die Genossenschaftsbrennereien 647.780 Mark erhalten haben!

Die polnische Reichstagsfraktion, welche sich zuerst ablehnend gegenüber dem von der Regierung vorgelegten Steuerentwurf der Reichsfinanzreform verhalten hat, erklärte bei der ersten Lesung, am 21. November 1908, durch den Mund des Rechtsanwalts Dr. v. Dziembowski, daß sie einer Regierung, welche das polnische Volk mit Ausnahmegefehen peiniget, keinen Steuerzuschuß bewilligen wird. Als aber nachher in der Reichsfinanzkommission der Entwurf über die Branntweinsteuererhöhung zur Beratung kam, füllte die polnische Reichstagsfraktion nach kurzem Zögern um. Das Bestreben, die Branntweinliebesgabe für die „armen, notleidenden“ Charakter zu erhalten, vereinigte die Beschützer der polnischen und deutschen Junker, und von diesem Augenblicke an marschierten sie weiter einmütig zusammen und belasteten schließlich das arbeitende deutsche und polnische Volk mit der ungeheuren Last von etlichen Hundert Millionen Mark indirekter Steuern. Um nur die zwei und eine Viertelmillion Mark Branntweinliebesgabe für die polnischen Fuselbrenner retten zu helfen, verübte die polnische Reichstagsfraktion ihren infamen Volksbetrug an den Interessen des polnischen arbeitenden Volkes!

Die nationalpolnischen Verteidiger dieses Volksbetrugs führten zur Rechtfertigung der Handlungsweise der polnischen Reichstagsfraktion folgendes Argument ins Feld: Es gibt in den polnischen Landesteilen der preussischen Monarchie viel sandigen Boden, auf dem nur Kartoffeln gedeihen. Um die großen Mengen der gebauten Kartoffeln verwerten zu können, muß man unbedingt Schnaps daraus brennen. Im Interesse der Förderung der Landwirtschaft, welche die Grundlage des nationalen Wohlstandes des Polentums bildet, mußten demnach die polnischen Abgeordneten für die Unterstützung der Schnapsbrenner durch die Liebesgabe eintreten.

Wie hinsichtlich dieser Beweisführung war, dazu liefert uns derselbe Herr Dr. v. Radowski, der, nebenbei bemerkt, Ausführendem der berichtigten Spirituszentrale ist, den besten Gegenbeweis in der gleichen Abhandlung, indem er konstatiert, daß der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte in den letzten Jahren ein neuer Zweig, nämlich die Kartoffel-Trockenanlagen, entstanden ist. In der Provinz Posen sind jetzt 57 solcher Anlagen vorhanden, und einige weitere befinden sich im Bau. Von ihnen befinden sich zwölf in den Händen verschiedener Genossenschaften und Korporationen, fünfzehn in den Händen der polnischen und dreißig in den Händen der deutschen Großgrundbesitzer. Die meisten von diesen Kartoffeltrockenanlagen

sind neben den Schnapsbrennereien, welche in bedrängter Lage waren, was sie mit den überschüssigen Kartoffeln tun sollen, errichtet worden. Die getrockneten Kartoffeln, sei es in Form von Kloden oder als sogenannte Schnitzel, haben nach Ansicht des Herrn Dr. v. Radowski eine große Zukunft vor sich. „Sie bilden — sagt der polnische Junker — ein ohne Vergleich gesünderes und besseres Futtermittel als die Kleie, welche manche landwirtschaftliche Betriebe bisher nicht entbehren konnten; außerdem kann man mit deren Hilfe das Inventar gleichmäßig im Winter und im Sommer abfüttern, ohne Abhängigkeit von Weinfutter, von dessen Herrschaft bisher nur die Milchwirtschaften sich gänzlich zu befreien vermochten. Das Mästen von Rindern und Schweinen, welches sich hauptsächlich auf die Wintermonate konzentrierte, wo genügend Kartoffeln vorhanden sind, wird man mit Hilfe der getrockneten Kartoffeln gleichmäßiger auf das ganze Jahr verteilen können. Auf diese Weise werden wir nicht nötig haben, das Mastvieh im Winter unter den Produktionskosten zu verkaufen, und im Sommer wird man auf den Märkten keinen Mangel an Schlachtvieh verspüren, welcher den Feinden der Landwirtschaft das erwünschte Material zur Agitation für die Öffnung der Grenzen liefert.“

Unter den wuchtigen Schlägen des sozialdemokratischen Schnapsbohlokt und der dadurch verursachten Verminderung der Fuselproduktion wird also die „notleidende“ Landwirtschaft neue Wege betreten müssen, welche vom volkswirtschaftlichen Standpunkte nur zu begrüßen sind. Man wird der Fleischproduktion größere Aufmerksamkeit widmen müssen. Es ist daraus auch zu ersehen, welcher kulturelle Wert auch nach dieser Richtung hin dem sozialdemokratischen Schnapsbohlokt innewohnt, auf den die Klassenbewußte Arbeiterklasse vollaus stolz sein darf.

Der „volkstümliche“ nationalpolnische Abgeordnete Kuterstki halte in seinem Male, der „Gazeta Gruzdziondzka“, indem er das Eintreten der polnischen Reichstagsfraktion für die Branntweinliebesgabe und die Branntweinsteuererhöhung als eine nationale Wohltat pries, dabei den traurigen Mut gehabt, das deutsche arbeitende Volk zu verhöhnen, daß es sich weiter mit dem Fusel der polnischen Schnapsbrenner vergiften möge. Nun, der aufgeklärte deutsche Arbeiter hat gezeigt, daß er nicht willens ist, sich mit dem Fusel der deutschen und der polnischen Schnapsbrenner zu vergiften, und ihnen noch die Taschen mit Branntweinliebesgaben zu füllen. Leider kann man daselbe von der polnischen Arbeiterklasse, welche den Schnapsbohlokt nicht tatkräftig genug unterstützt, nicht sagen.

Die nationalpolnische Presse würde sich ein großes Verdienst um das Wohl der polnischen Arbeiter erwerben, wenn sie die Parole des Schnapsbohlokt zu der übrigen machen möchte. Das darf sie jedoch nicht aus Rücksichten auf das Wohlergehen der polnischen Großgrundbesitzer.

Politische Uebersicht.

Die konservativen Parteien und die Sozialdemokratie.

Ueber dieses Thema sprach Genosse Eduard Bernstein in einer gutbesuchten Versammlung im Volkspark zu Halle. Es war der erste von drei Vorträgen, die als Vorbereitung zur Reichstagswahl über die bürgerlichen Parteien gehalten werden sollen. Das halleische „Volksblatt“ schreibt darüber:

Nach kurzen einleitenden Worten des Genossen Albrecht nahm Genosse Bernstein das Wort, um in 1 1/2 stündigem interessanten, klaren und durchsichtigen Vortrage das ihm gestellte Thema erschöpfend zu behandeln:

Konservativ — den Begriff allgemein genommen — sind mehr oder weniger alle bürgerlichen Parteien. Den Begriff politisch auf die deutsch-konservative Partei angewandt, haben wir darunter das Festhalten am historisch und geschichtlich Gewordenen und Ueberlebten, am Widerstand gegen neue gesellschaftliche Formen, Einrichtungen, Gesetze usw. zu verstehen. Konservativ sind also die Parteien, die die Durchsetzung neuer Gedanken, Ideen, Rechte, sozialer Einrichtungen und Erscheinungen, wie sie die kapitalistisch-wirtschaftliche Entwicklung bedingt, verhindern, oder das Veraltete, Ueberlebte in neuen Formen weiter erhalten wollen. In einem kurzen geschichtlichen Rückblick zeigt der Redner den gesellschaftlichen Entwicklungsgang, der vom Feudalismus zum Kapitalismus, Industrialismus, unantastbar zum Sozialismus führt. Die deutsch-konservative Partei als die Partei des Adels und Grundbesitzes vertritt das konservative Prinzip am reinsten und schroffsten. Sie legt sich in ihrer politisch-parlamentarischen Vertretung in der Hauptsache aus Grafen, Baronen, Freiherren und anderen großen Grundbesitzern und einer Anzahl vermögenden Advokaten zusammen. Nennunterhandwerker hat sie nur einen: den bekannten Abgeordneten Pauli-Poisdam. Der Vortrager zeigt nun an der Hand des konservativen Programms ausführlich die Ziele der deutsch-konservativen Partei auf, die letzten Endes darauf hinauslaufen, die Privilegien und Ständesouveränität der Junker und Feudalherren und ihre wirtschaftlich-politische Macht und Herrschaft im Staat für alle Zeiten aufrecht zu erhalten. Dadurch, daß sie die Eigenarten und Besonderheiten der einzelnen Stände konservieren, spielen sie die Stände gegeneinander aus, um so dabei ihre Schäfchen um so ungehörter und besser werden zu können. Die Klassenbewußte Arbeiterklasse wird von der konservativen Partei mit blindwütigem Haß und unersättlicher Feindschaft verfolgt und in ihrem Programm fordert sie offen

Ausnahmsweise gegen die „volkstümliche“ Sozialdemokratie.

Die Konservativen, die auch den konservativen Parteien zuzurechnen sind, zerfallen in so viel Richtungen, wie die Partei Abgeordneter im Parlament hat. Sie sind in ihrer politischen Parteilichkeit und Unklarheit bewußt oder unbewußt der Tröge, die Zerkleinerer der Konservativen und schon ihre ganze Politik, und Bundespolitik kennzeichnet sie als reaktionär. Auch die Richtungen ihrer Bestrebungen, veraltete, überlebte Zustände künstlich erhalten zu wollen, treffen und schädigen im Grunde genommen nur die vorwärtsstrebende Arbeiterklasse. Gemeinlich und gemeinlich für die große Masse des deutschen Volkes sind auch die Bestrebungen des Bundes der Landwirte, der durch seine maßlosen Schutzforderungen die landwirtschaftliche Produkte dem Volke die Lebenshaltung erschweren und verschlechtern hat.

Die hier aufgezählten Parteien, nämlich der konservativen und der sogenannten antikonserativen Wirtschaftlichen Vereinigung, kann man einfach und deutlich als die Bestrebungen der konservativen Partei bezeichnen, denn sie sind ihrer Natur nach konservativ, reaktionär und im höchsten Maße arbeitfeindlich.

Konservativ in ihrem Wesen ist auch die Zentrumspartei, die heute dadurch noch etwas demokratischen Anstrich erhält, daß sich ihre Anhänger aus allen Volksklassen zusammensetzen. In dieser Partei, die als Partei des Statismus sozusagen einen Staat im Staat bildet, lebt noch ein großes Stück Feudalen und ständischen Geistes. Sie wird immer mehr zum natürlichen Verbündeten der Konservativen, mit denen sie bei allen wichtigen militärischen Fragen, Steuerfragen (Abbauung der Erbschaftsteuer), Schulfragen und reaktionären Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse Haß des Selbstverwaltungsrechts bei der Reichsversicherungsordnung) Hand in Hand geht! Deutlich hat sich das in wieder bei der letzten Wahlrechtsreform im preussischen Reichstagen gezeigt, die vom Zentrum mitaufgeführt wurde! In dessen dürfte der Zeitpunkt nicht mehr anzunehmen sein, wo die katholischen Arbeiter den Arbeiterverband nicht mehr gefallen lassen und sich von ihm loslösen. Tag es einmal so weit kommen wird, abut man auch heute schon in jüdischen Zentrumstreffen und sucht deshalb seinen Stützpunkt immer mehr in den konservativen gerichteten Mittelstand, Bauern, und Handwerkerkreisen.

Noch haben heute alle die konservativen Parteien in Preußen-Deutschland die Möglichkeit und auch die Macht, den Fortschritt zu hemmen und aufzuhalten, und somit das Elend und die Not der Arbeiterklasse zu verlängern. Nur die soziale Entwicklung, die der Arbeiterklasse täglich wachsende wirtschaftliche Macht bringt, vermögen sie nicht aufzuhalten. Und mit tödlicher Sicherheit kommt der Moment, wo die Arbeiterklasse zur Erkenntnis ihrer Macht gelangen und alle diese Widerstände siegreich niederwerfen wird. Dieses unerschütterliche Bewußtsein muß uns in unserem Kampfe stärken und fählen und den Sieg der Arbeiterklasse beschleunigen. — Dem Vortrage folgte lebhafter Beifall.

Verfall der Dreiklassenherrschaft.

Der jämmerliche Ausgang der preussischen Landtagsverhandlungen prekt selbst einem so harten Scharfmacher und Reaktionär, wie der Freiherr v. Redlig einer ist, die bittersten Klagen ab. Der Führer der freikonservativen Fraktion des Dreiklassenhauses schreibt im „Tag“:

Sich kann mich nicht erinnern, in meiner bald vierzigjährigen parlamentarischen Tätigkeit jemals mit so unbedingter Nichtbefriedigung auf einen Sessionsergebnis zurückgeblieben zu haben, wie auf den letzten leit. Der Abschluß am 28. v. Mts. war geradezu beschämend, aber er war doch nur das Endergebnis eines stetig fortwährenden Niedergangs der Leistungsfähigkeit des Abgeordnetenhauses. Es war, als ob mit der Sterblichkeit dieses Hauses jede Spannkraft verloren hätte und einem zu nehmenden Marasmus verfallen wäre.

Herr v. Redlig klagt über die Mißwirtschaft in den Kommissionen, um sodann fortzufahren:

Aber mit dem Plenum war es auch nicht besser bestellt. Es gleich geradezu einem Laubenschlag. Nur bei besonders wichtigen Abstimmungen gelang es mit Mühe und Not, ein beschlußfähiges Haus zusammenzubringen; im Ganzen und in der Hauptsache war es aber wieder geleert. Selbst bei dem Feuerbestattungsgefeß ließ sich die ohnehin schon knappe Mehrheit der zweiten Lesung nicht bis zur dritten Lesung zusammenhalten, und es hat nur an zwei Stimmen geblieben, daß das Abgeordnetenhause sich nicht durch Ablehnung dieser Vorlage unsterblich blamierte. Das Zentrum, das hier und bei der Novelle zur Landgemeinordnung alle Reserven herangezogen hatte, konnte bei der zweiten Lesung dieser Novelle einmal seinen Willen gegen alle anderen Parteien durchsetzen. Schließlich legte bekanntlich die Obstruktion von nicht ganz einem Viertel der Mitglieder des Abgeordnetenhauses gänzlich lahm.

Zwar mag der Freiherr zugunsten der schwächenden und unfähigen Gesetzgeber manches gelten lassen, doch muß er selber eingestehen:

Das alles kann die zum Schluß bis zur Katastrophe gesteigerte Demoralisation des Abgeordnetenhauses kaum erklären, geschweige denn entschuldigen.

Und im Kassandron prophezeit er:

Das Abgeordnetenhause . . . steht gegenüber dem demokratischen Instinkt auf unter Wahlrecht auf dem allergeringsten Posten. Die Demokratisierung unseres Wahlrechts wird sich auf die Dauer nur verhüten lassen, wenn das Dreiklassenhause nach allen Richtungen hin vollbefriedigendes leistet. Verjagt es öfters, wie am Schluß dieser Session, so ist sicher die Zeit an die Wurzel unseres Wahlrechts gelegt. In Österreich hat das Vergehen des Kurienparlamentes, im Reichslande das des Landesauschusses zur Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts geführt; schwerlich würden die Dinge bei uns anders laufen, wenn das auf dem abgestritten Wahlrecht beruhende Parlament sich seiner Aufgabe nicht gewachsen zeigte. Wer in der Ueberzeugung des

Wahlrechtlich an preußen eine ernste Gefahr für unser Staatswesen und seinen monarchischen Charakter erblickt, muß daher mit aller Kraft dahin wirken, daß das Abgeordnetenhaus nicht auf dem Niveau einer bloßen Notablenversammlung herabsinkt, sondern sich auf der vollen Höhe einer Volksvertretung im ganzen Sinne des Wortes hält."

Also selbst der alte Herr v. Zedlig findet sich allmählich mit dem Gedanken ab, daß die Dreiklassenherrlichkeit nicht mehr lange währen wird. Denn daß der Niedergang dieses wurzelfaulen Parlaments aufzuhalten ist, kann er wohl ernstlich nicht mehr glauben!

Die Flucht aus dem Hansabund.

Geheimrat Kieser, der Präsident des Hansabundes, hat an den Geheimrat Rirdorf, einem der Sachwalter der Schwerindustrie, ein ausführliches Schreiben gerichtet, das von bürgerlichen Blättern veröffentlicht wird. In dem Briefe wird den Ehrsachmachern nachgelesen, daß sie ihre Haltung und ihre Absichten völlig geändert haben, weil sie inzwischen zu der Überzeugung gekommen sind, daß, trotz allem, was geschehen ist, die Sonderinteressen, namentlich die Zollinteressen, der schweren Industrie eine intime Verbindung dieser Industrie mit der konservativen Partei wünschenswert erscheinen ließen.

Es wird sodann ausgeführt, daß die Rirdorf und Genossen vom Hansabund gewünscht haben, daß er den Kampf gegen den Bund der Landwirte nicht mehr führen oder doch wenigstens in den Hintergründen treten lassen solle. Das Schreiben besagt dann weiter:

"Die wahre Ursache der Sezession der Ihnen nahestehenden Kreise ist deshalb nicht der dem Hansabund und seiner Leitung unterstellte „Rud nach links“, sondern die einschleiernde Absage, die ich auf dem Hansatage den wiederholten Aufforderungen nachgemäß erteilte, einen Rud nach rechts mitzumachen, also den Hansabund von der „mittleren Linie“ abzurufen und ihn zu veranlassen, seine Hauptaufgabe, den Kampf gegen die „Ueberagrarien“ aufzugeben oder zurückzustellen."

Zu der Frage der Stichwahlparole bemerkt Geheimrat Kieser:

"Daß wir als wirtschaftliche Vereinigung, welche Mitglieder aller bürgerlichen politischen Parteien umfaßt, keine Stichwahlparolen ausgeben können, ist selbstverständlich und beruht gleichfalls auf einstimmigem Präsidialbeschlusse. Vergessen aber haben Sie annehmend bei ihrer Kritik des Hansabundes den offiziell kundgegebenen Beschluß Ihrer konservativen Freunde, wonach dieselben bei Stichwahlen ihre Stellungnahme zur Sozialdemokratie lediglich von taktischen Gründen ihres Parteinteresses abhängig gemacht, sich also eine Unterstützung der Sozialdemokratie ausdrücklich vorbehalten haben."

Der Brief schließt:

"Damit scheiden sich unsere Wege grundsätzlich, da Ihr neuer Verband sich, wenn ihm überhaupt eine Entwicklung beschieden ist, nur in der nämlichen Richtung entwickeln kann, die ihm durch den Gründungsbeschlusse vorgezeichnet ist, also gegen den Hansabund, gegen die Politik der „mittleren Linie“ und gegen alle anderen Tendenzen als die, welche der Sezession zugrunde liegen."

Die Auktustürmer werden sich so eng als möglich mit den Agrarern verbinden, um sich gegenständig höhere Zölle zu verschaffen. Den Weg kann der Hansabund natürlich nicht mitgeben, weil Handel und Verkehr durch unsere Schutzpolitik schon heute schwer getroffen sind und künftig noch mehr belastet werden sollen. Aber die Entwicklung scheint doch dahin zu drängen, daß der Hansabund bei den Wahlen lediglich die finanzielle Stütze der liberalen Parteien sein wird.

Die Austrittserklärungen häufen sich von Tag zu Tag. Fast die gesamte Großindustrie ist im Begriff abzuschwenken. ... Der bisherige Vorsitzende des Zweigvereins des Hansabundes für Altona, Ottenien und Umgegend, Herr Emil Seidler in Altona, Stadtverordneter und Mitglied der Altonaer Handelskammer, hat seinen Austritt aus dem Hansabund erklärt, ebenfalls der Geheimre Kommerzienrat Bolckens, der Kommerzienrat Joh. A. Mendel, Präsident der Altonaer Handelskammer, Herr H. J. Bösch, zweiter Vorsitzender des Zweigvereins, der Fabrikant Olof Wüchtersen."

Die „Post“ weiß aber zu melden, daß seit dem Ausscheiden des Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Industrieller aus dem Präsidium des Hansabundes nicht nur

eine ganze Anzahl neuer Beitrittserklärungen zum Zentralverband erfolgt sind, sondern daß gerade auch aus den nicht der sogenannten Schwerindustrie angehörigen Kreisen des Zentralverbandes die bisherigen Beitragsleistungen eine sehr erhebliche Erhöhung erfahren haben."

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten der Thüringer Kleinstaaten fand am 2. Juli in Gera-Neuß statt. Von den 39 sozialdemokratischen Abgeordneten, die in sieben (von neun) dieser Vaterländer im Landtage sitzen, waren aus sechs Staaten 26 Abgeordnete erschienen. Der Parteivorstand war durch den Genossen Pfannkuch vertreten.

Im Anschluß an den Situationsbericht, den der Abgeordnete Leber erstattete, protestierte die Konferenz durch Annahme einer Resolution wiederholt gegen die mißlichen Zustände auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in Thüringen und betonte, daß die Reichseisenbahnfrage ständig von den sozialdemokratischen Abgeordneten in den gesetzgebenden Körperschaften gefördert werden müsse. Desgleichen protestiert die Konferenz gegen die miserablen Verhandlung, denen sozialdemokratische Redakteure bei Vorbereitung einer Freiheitskrise in dem gemeinschaftlichen Gefängnis in Jüterbohusen ausgesetzt sind. Die Götthar Landtagsfraktion wird speziell wegen der Behandlung, wie sie jetzt dem Redakteur der Weimarerischen Volkszeitung, dem Genossen Pfeuffer zuteil wird, im Landtage interpellieren.

Ueber die gemeinsamen Einrichtungen in den Thüringer Kleinstaaten referierte Abgeordneter Bauerl. Nach recht interessanter Debatte wurde folgende Resolution angenommen: Gemeinsame Einrichtungen innerhalb der Kleinstaaten durch Staatsverträge oder besondere Vereinbarungen sind aus Zweckmäßigkeitsgründen notwendig, wenn sie auch nur als ein Palliativmittel zu betrachten sind, mit dem die kulturellen Schäden der Kleinstaaterei wohl verdeckt, aber nicht beseitigt werden. Wenn auch unter den gegebenen Verhältnissen, die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer gemeinsamer Einrichtungen in den Kleinstaaten begünstigt werden muß, darf dies aber nur in der Weise geschehen, daß dadurch die Verödung eines Landes in sozialer und politischer Beziehung gegenüber dem bestehenden Zustande nicht benachteiligt wird und den Landtagen die gesetzgeberische Mitwirkung nicht beschränkt werden darf. Die Konferenz fordert zunächst die Vermehrung gemeinsamer Einrichtungen durch einheitliche Bestimmungen der Steuererhebung, der Beamtenbesoldungen, sowie einer allgemeinen Verwaltung der Kleinstaaten.

Die Domänenfrage in den Thüringer Kleinstaaten behandelte in einem recht interessanten Vortrage Abg. Bod. Die lebhafteste Debatte führte zu der unumwundenen Forderung, daß in allen Staaten, wo die Eigentumsverhältnisse des Domänenbesitzes noch nicht geregelt sind, die sozialdemokratischen Abgeordneten aus eine Regelung dieser Frage hinzuwirken haben. Die ungedeckten Einnahmen, die noch in einzelnen Thüringer Staaten für den aus dem Domänenvermögen haben, sind dem Lande zuzuführen, da diese Gelder fast durchweg dem Lande widerrechtlich entzogen worden sind. Ein weiterer Punkt betreffend die Rentabilität der Kammergüter, Staatsregie oder Pachtverhältnisse konnte wegen vorgerückter Zeit nicht mehr verhandelt werden. Die nächste derartige Konferenz, deren Notwendigkeit solche öftere stattfinden zu lassen, sich mehrfach in der Debatte ergab, soll im Frühjahr 1912 in Weimar stattfinden.

Noch einmal die Schafstöcke des Herrn Generalinspektors. Vor einigen Tagen hat durch die gesamte deutsche Presse eine Fiskrede die Runde gemacht, die der Generalinspektor Braun-Königsberg bei einem Festmahle in Liebenau anlässlich der Einweihung der dortigen evangelischen Kirche gehalten hat und in der er seine Lügengeschichten und sich selbst dem Kaiser gegenüber als „Schafstöpfer“ hinstellte. Es war natürlich das sich sofort die Blätter des dankbaren Stoffes bemächtigen: ein in Süddeutschland ercheinendes Blatt machte dem entgleiten Redner das nabeliegende Jugendsünden, das er die geistlichen Qualitäten seiner „Schäflein“ als Seelenhirte ja am besten kennen müsse. Dieser Tage ist nun, wie die „Alldeutsche Volkszeitung“ meldet, der Generalinspektor Braun in Ansbach bei einem Festmahle, das im Anschluß an die Einweihung der Marienbachkirche stattfand, auf die Liebenauer Rede zurückgekommen und hat erklärt, er habe in dieser Angelegenheit eine Fülle von Zuschriften erhalten. Eine der

ersten dieser Postkarten sei aus Dresden gekommen und habe gelautet:

„An den Generalinspektor von Ostpreußen zu finden im Klub der Schafstöpfer.“

Das rühre ihn indessen nicht; er habe in Liebenau gewissermaßen zu einem internen Kreise gesprochen und glaube nicht, daß sich einer von den dort Anwesenden getroffen und beleidigt gefühlt habe. Außerdem habe sich nach dem Wortlaut seiner Aeußerungen auch niemand beleidigt fühlen können. Er sei Vorpresident und in seiner Ausdrucksweise an das Wesen seiner Heimat gewöhnt, seiner Heimat, deren Menschenschlag mit Ostpreußen so viel Ähnlichkeit habe. Das Wort „Dummkopf“ wende man in seiner Heimat nicht an; deshalb habe er das andere laubläufigere gebraucht. Aber die heutige Festversammlung möge sich nicht fürchten, sie sei nicht in Gefahr. (Beifall.) In Liebenau habe er nur ausgesprochen, wie er in den vielfachen Gesprächen des Kaisers, denen er beiwohnen durfte, den Monarchen bewundern gelernt habe. Bewundern, wie vielseitig dieser Mann sei, wie er sich auf allen Gebieten weitgehende Kenntnisse angeeignet habe und sich bemühe, alles zu erlernen, und zu verstehen, sich über alles ein Urteil zu bilden. „Gegenüber diesem Manne“, so etwa habe er gesagt, „kommen wir uns beinahe wie ... vor.“ Aber jetzt sage er nur noch Dummkopf. (Dr. Peitert.) Mit der Beleuerung, daß er kein Dyanthiner sei und mit einer Verherrlichung Wilhelm II. schloß der Generalinspektor seine Rede.

Die patriotischen Herrschaften haben nun die Wahl zwischen Schafstößen und Dummköpfen — bitte bedienen sie sich, meine Herrschaften.

Ein halbes Jahrhundert evangelischer Kirchensgeschichte. Unter dieser Epithete zählen bürgerliche Blätter folgendes auf:

- Pfarrer Sintenis in Magdeburg 1841 — abgelehnt.
- Konfistorialrat Schulz in Breslau 1845 — abgelehnt.
- Pfarrer Rupp in Königsberg 1845 — abgelehnt.
- Pfarrer Wislicenus in Halle a. S. 1846 — abgelehnt.
- Pfarrer Schröder in Freitachsdorf 1871 — abgelehnt.
- Pfarrer Panne in Stettin 1871 — nicht bestätigt.
- Rektor Gittermann in Gens 1873 — abgelehnt.
- Pfarrer Vortig in Hannover 1873 — nicht bestätigt.
- Dr. Biegler in Liegnitz 1873 — nicht bestätigt.
- Pfarrer Klapp in Osnabrück 1876 — nicht bestätigt.
- Nicar Velemeyer in Osnabrück 1880 — nicht bestätigt.
- Pfarrer Sydow in Berlin 1872 — abgelehnt.
- Pfarrer Hübner in Berlin 1877 — nicht bestätigt.
- Pfarrer Schramm in Berlin 1877 — nicht bestätigt.
- Pfarrer Berner in Berlin 1877 — nicht bestätigt.
- Pfarrer Kalthoff in Mülheim 1878 — abgelehnt.
- Pfarrer Lau in Berlin 1879 — nicht bestätigt.
- Pfarrer Hufschuler in Berlin 1880 — nicht bestätigt.
- Pfarrer Lühr in Ebernforde 1881 — abgelehnt.
- Pfarrer Schreyer in Stuttgart 1882 — abgelehnt.
- Pfarrer Weingart in Osnabrück 1899 — abgelehnt.
- Pfarrer Römer in Remscheid 1905 — nicht bestätigt.
- Pfarrer Heyn in Berlin 1905 — nicht bestätigt.
- Pfarrer Gejar in Dortmund 1906 — nicht bestätigt.
- Pfarrer Jatho in Köln 1911 — abgelehnt.

Nicht von Roms Stuhl aus, im Schatten Wittenbergs ist das geschehen! Woraus der freisinnig gesinnte Mann seine Folgerung ziehen kann.

Zur Charakteristik der Privatrenten. In einem Bericht über eine Gerichtsverhandlung hatten unter Leitgänger und Chemnitzer Parteigänger gewisse Bestimmungen in den Versicherungsbedingungen der mittelhändlerischen Krankenkassensicherungsbank Friedrich August in Leipzig „Fallstricke“ für die Versicherer genannt. Wegen dieser angeblichen Beleidigung wurden die Redakteure zu je 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, wogegen sie Berufung einlegten. In der Berufungsverhandlung wurde nun das eingeholte Gutachten des Dozenten für Versicherungswissenschaft an der Handelshochschule, Professor Gerhard Börner, vorgelesen. Nach diesem Gutachten sind die gerügten Bestimmungen ungenügend und schätzenswert. Eine liberale Versicherungspraxis werde es zu vermeiden suchen, daß die Versicherer über die Bestimmungen aus Bergeschicklichkeit oder Bequemlichkeit in unklaren bleiben und infolgedessen materiellen Schaden erleiden. Die Bestimmungen seien teilweise nach dem Stande der Versicherungsgebung auch gesetzlich. Die Bestimmungen seien zum Teil rechtlich erlaubt, zum Teil seien sie Ueberreste von veralteten Bestimmungen, die am 1. Januar 1910 von der Versicherungsgebung aufgehoben sind. In seinen mündlichen Darlegungen erklärte der Sachverständige dann noch, daß man gewisse statutarische Bestimmungen als rigoros oder gefährlich für die Mitglieder bezeichnen könne. — Das Urteil soll in acht Tagen verkündet werden.

Das Wahlreglement für die Polen Westfalens, der Rheinprovinz und der benachbarten Provinzen wird im „Marius“ veröffentlicht. Danach unterstehen die dortigen vollstänigen Wähler zunächst einem von dem polnischen Zentralwahlkomitee völlig unabhängigen Hauptwahlkomitee und dieses hat die Pflicht, besondere Kreis- und Ortskomitees einzusetzen. Die wichtigste Bestimmung des Reglements lautet: „Die Polen

Jungfer Mutter.

Eine kleine Vorstadtschichte von Ada Christen.

(Nach dem Verbot.)

Eine Weiße schneigt die Sonne, denn das Herz Noni bleibender, sie legt sich in ihrem Bett lachend auf und sagt laut vorlegen: „Ja das ist halt schwer. ... Wissen sie, ich alles ganz genau, aber erzählen kann ich's Dir nicht so wie es eigentlich war, so nachherher.“ Der einfache Spatz hat sich die ganze Geschichte angeschrieben, so wie ich sie ihm einmal erzählt hab'. Dann hat er sie mir wieder vorgelesen und es war alles ganz recht, nur so, so halt, als ob er besser gewohnt hätte, was wir uns alle miteinander denkt haben. Daß das in Gottschamers, mein Kind, wenn Du es nicht schlafen kannst. Im Schlafbuchchen, in der ersten Lab' auf der rechten Seite liegt das geschriebene Buechel."

Der junge Soldat blüht die Lampe wieder an, hat sich das Buch, immer zu sich, als ob er den süßen Rosenbuttr trinken wollte, und beginnt dann zu lesen.

Aus der Chronik der blauen Gans

Niederungschreiben von

Virgilius Stramirista.

Die kleine Walter Gans war vom Dach gepurzt als sie eben Geinagelchen, dem Weis Rosch, seinen Strengschmelz holen wollte, der bebungslos war und neben dem hohen Kaminsang saß.

Sie war damals noch ein halbes Stüb und meinte, der junge Junge, der nur einen Arm aus Stollen mitbrachte, sei plötzlich so traurig und schliefen allen Vogel's wegen. Der Strengschmelz hatte noch wachetete in ihrem Fädchen an ihrer Brust, sie sah aber keine Krone und kein Gebirge, und ich war der erste, der das all den heulenden Weibern sagte und das Krille hat, die Glieber christlich. In der kleinen Gans, den langgestreckten Borstbüchsen, war man darüber einig, daß die Gans nicht Befehrs im Sinne als reich stehen, denn: „Für kein Krillebüchsen Kind, lieber ein totes“, erklärte ich der Mutter, die eine böse Gans und ein böses Herz hatte. Die Gans ist die Schöne und der Gansel ihr bester Freund, die muß immer treulich mit der abgehenden Gans gehen, der Treuehalten sein als einem". Inzwischen

Aber die Gans ist nicht gestorben, das Kind hat sich langsam erholt nachdem die Glieber gut eingerichtet waren, und noch einen Jahr gemahnte nichts mehr an das Unglück. Und nun kam die Zeit des Lebens wieder: „Das war geb'n, bis D' heit' ist alles gut“, wurde ihr bei jedem Anlaß lustig zugerufen, und so gewöhnte sich das junge Mädchen daran, alles das, was ihr an Freude und Glück fehlte, nur den der Ehe zu erwarten, Arbeit und Ungemach aber als das Notwendige hinzunehmen, wie die meisten Bewohner der kleinen Gans."

Die Jahre gingen hin, und eines Tages stand die Gans endlich hochgemut im weißen Kleide beim Fenster, doch nur als Fremder, neben der bräunlich geschwundenen Gans. Das war eine Frau, an der sich keiner hat leben konnte! Und dann die Hochzeit! So etwas hatte dort nie, und die letzten Glieber haben, seit Menschengehenen niemand erlebt, und will ich endlich sein, so muß ich gehen, daß auch mich das frische, gesunde, lustige Leben angeht und erheitert hat. Es war ja eine Feierzeit, eine jubelnde Lebenszeit unter den schönsten armen Leuten, die mir selbst an ihnen, die das Leben nur in Emsachenhalten können nahmen, sich kaum erziehen."

Es ist und hochte wohl darum so genau hin. Die kleine Gans stand wie ausgehoben da, als der Junge in die Kirche ging, sogar der alte Ferkel und der Schüssel, die beiden Schwägerinnen, ronzien hinterher. So die Mädchen in ihren Schwärzchen überüberhritten, tief alles, was keine hakt, an die Fenster und Gansiere, und jeder, der sich auf längere Zeit von der Arbeit losmachen konnte, schloß sich dem Junge an."

Das kleine Mädchen konnte die Gans gar nicht annehmen, da wieder den wieder, wie bei allen heisaren Feiern, wenn Mangel an Platz war, die Kinder die zu erwischen waren, immergegen. Eine Weiße hatten sie vor der Stube, denn meistens sie auf das niedere Stübchen, welches seitwärts in Kammerhöhe von der Ringenmutter abstand, weil unter diesen Stühle die Fensterläden und die roten Röhren der Gansereife aufbewahrt gingen. Mit einer langen eisernen Kette und einem großen Schlüsselbogen daran waren sie fest zusammengehängt, das Heiter konnte diesen Gansereife nicht bei, und ich glaube, selbst fürschuchterliche Tiere hätten Ehrfurcht vor ihnen."

Auf diesen Vorbehalt über den Fensterläden und Eisernen hatten die Gansereife: die Röhre der Röhren beruhen sich in den langen Schwärzchen, die Gansereife der Röhren deuten auf die Röhre, alle haben ebenfalls in oben, aber

der Gefährlichkeit ihres Bergnügens fanden sie doch den Platz viel schöner als die heiße, vollgestopfte Kirche.

Es war ein wunderbarer Festtag, die Sonne schien so warm auf die weiße Kirchenmauer und auf das rote Schindeldach, die Tauben flatterten hin und her, denn sie nüteten in den Luten des Lülmchens, die Spaken sörten und zankten sich in den Kirchenfenstern genau so fed wie unten auf der haublgang Straße. Die Ausgewiesenen aber saßen unbeweglich und lauschten, ob sie nichts erfassen könnten von der langen Rede, die drinnen der Pfarrer dem Brautpaare hielt; als sie jedoch nichts hörten, begannen sie sich erst zu hecken und zu knuffen und endlich schwanden sie über das Ereignis des Tages, zuerst halblaut, dann mit der schrillen Verdrissheit ärgertiger junger Stimmen, so daß man sie oft bis in die Kirche hinein treten hörte. „Dem Leopold machst doch kein neuer Arm, wenn er auch heut' heiraten tut!“ krachte ein dürres kleines Ding mit Sommerproffen und Blattemarben im Geheide.

„Aber die Gans ist heut' schön!“ sagte das älteste Mädchen und schaute mit großen ahnungsvollen Augen hinaus in die goldkammernde Luft, und als ein dummsüßlicher Knips von einem Faden, der neben ihr lag, nicht gleich betitramte, gab sie ihm mit dem Ellenbogen einen Stoß und sah ihn herausfordern an."

„Was willst denn? ... Schaust am Stefanssturm und red'st dabei! ... Aumeh! ... Freilich ist sie schön! ... Ich rüh' weg von dir!“ zeterte der Bursche, setzte sich aber aus Furcht vor ihrem Ellenbogen ganz nahe zu ihr. „Da kann's nicht paffen!“ Lechte er scham."

„Freilich ist sie heute schön, aber rote Haare hat sie doch“, sagte nachdenklich ein blaßes kleines Mädchen mit einer hart vorgewanten Stirne. Die kleine Knäpfe ihre dichten blonden Böpfe unter dem Strich zu einer Schleiße; sie sah ganz borne an Rand, schielte, als ob sie davonreiten wollte, und so ließ sie auch die Rede in der Luft haumeln."

Jetzt kann sie aber den ganzen Tag spielen, muß gar nichts arbeiten, kann in der seltsam Frau Weiß ihrem Pinner sitzen, was nicht alleweil Handschuhspinde annähen wie wir“, seufzte ein puppenhaft-schmerzliches Ding, die jüngere Schwester der Brautjungfer, und schaute dabei auf ihre gerissenen Finger."

Aus dem Vierhause neben der Kirche scholl jetzt Lust herüber, zwei kernfrische Mädchenstimmen sangen hell laut:

„Ich wieder einmal Hochzeit, Gib's wieder ein neues Paar. Das Mädchen — war eine Grech, Und das Brautpaar ein Herz. Ha? — ist's etwa nicht wahr?“

stimmen bei der Hauptwahl rückwärts nur für polnische Kandidaten." Und in der Stichwahl?

Keine Einheitsliste. Die hessische zweite Kammer lehnte nach mehrmaliger Beratung die sozialdemokratischen Anträge auf Schaffung einer nationalen Einheitsliste ab, die für alle Schüler obligatorisch sein soll, ab.

Nähe, der Kaiser telegraphiert! Wenn der Kaiser ein Funkentelegramm in die Welt hinausendet, müssen die anderen Stationen sofort schweigen. Kraetz hat in Vertretung des Reichslanzlers eine neue Anweisung über das sogenannte Ruhezeichen im Funkentelegraphendienst erlassen. Dieses Zeichen gebietet den anderen Stationen Schweigen. Nach der neuen Bestimmung darf das Ruhezeichen nur von öffentlichen Stationen, von einem Schiffe, das die Standarte des Kaisers führt, und in dringenden Fällen von den deutschen Kriegsschiffen gegeben werden.

Der gesammelte Rudeleimudel. Aus dem Wahlkreise Gießen wird gemeldet: Nationalliberale, Zentrum und Bund der Landwirte nominieren als gemeinsamen Reichstagskandidaten für Friedberg-Wildungen den Amtsgerichtsrat Straß in Gießen. Auf diese Weise soll unser Genosse Bisold gewonnen werden — wenn den Wählern nicht ein Oel über die Prinzipien treue der „Verbündeten“ aufsteigt.

Keine Reichstagswahl in Köln-Land. Die „Kölnische Volkszeitung“ teilt mit, daß der Reichstagsabgeordnete Pamereder nicht zum Oberpostsekretär befördert, sondern nur mit der Verwaltung einer Oberpostsekretärstelle betraut worden ist, womit keine Beförderung mit höherem Rang und Gehalt verbunden sei. Erst mit dem 1. Februar 1912 werde voraussichtlich die Beförderung zum Oberpostsekretär erfolgen, wo die Legislaturperiode des Reichstages zu Ende ist.

Die Düsseldorf Reichstagswahl für den verstorbenen Abg. Amtsgerichtsrat Kirch (Zent.) ist nunmehr auf den 19. September festgesetzt. Aufg. abg. ist am 15. September.

Staatsgefährliche Signalförner. Mek hat wieder seinen „Zwischenfall“. Bei einem Blumenfest, dessen Leiter der Polizeipräsident war, kam ein Verein in den Verdacht, französische Signalförner mit sich zu führen. Der Gebrauch dieser Förner ist in den Reichsländern strengstens verboten. Der Polizeipräsident ließ deshalb den Verein durch einen Kommissar revidieren, wobei die Vereinsmitglieder behaupteten, daß ihre Instrumente keine Signalförner, sondern Trompeten seien. Der Verein verließ daraufhin den Festplatz und die chauvinistische Presse hüben und drüben hat wieder einmal Stoff.

Ausland.

Die Marokko-Ziffäre.

Die erst ein gar wildes Gesicht zeigte, beginnt überraschend schnell — wie sie gekommen — in ein ruhiges Fahrwasser überzuweichen. In Wien maßgebenden Finanzkreisen will man aus kompetenter diplomatischer Quelle erfahren haben, daß, wenn nicht ganz ungünstige Zwischenfälle eintreten, Frankreich, Spanien und Deutschland sich schon in kürzester Zeit über ihre Interessen in Marokko einigen und dann im Sinne der Algeciras-Acte sofort die französischen und die spanischen Truppen aus Marokko zurückgezogen werden würden.

Aus Paris meldet die „Schlef. Ztg.“ vom 3. Juli: Mit neuerlicher Widen haben gestern die Gäste Herrn Italiens im Garten des Glyces die Marconi v. Schoen, die gräfinde Gattin unseres Gesandten, am Arme des Ministers des Auswärtigen, de Selvas betrachtet. Auch die lange Unterhaltung Herrn v. Schoens mit Cailleux entging natürlich den Diplomaten nicht, die zu dem Gartenfeste bei dem Präsidenten der Republik geladen waren. Bestimmten hätten behaupten können, daß die Höflichkeit auf einem Vulkan ausgetauscht wurden, der durch das Erscheinen des „Panthers“ in Agadir bald in Tätigkeit gesetzt werden könnte. Doch die Tatsachen, daß Fallieres seine Reise nach Holland nicht aufgibt und daß der Minister des Auswärtigen ihn begleitet und erst Freitag wieder zurückkehrt, zeigen, daß die Schwarzeher nicht recht haben. Weder das deutsche, noch das französische Volk kann wünschen, daß wegen Agadir ein erster Konflikt zustande kommt. Die öffentliche Meinung in Frankreich wird sich wohl auch nach der ersten Ueberprüfung beruhigen.

Im englischen Unterhaus fragte Balfour den Ministerpräsidenten, ob es im öffentlichen Interesse möglich sei, Mitteilung über Marokko zu machen. Ministerpräsident Asquith erwiderte: Die Unannehmlichkeit, auf die Balfour hinweist, zieht, das brauche ich nicht erst zu sagen, die ernste Aufmerksamkeit der Regierung auf sich. Diplomatische Mitteilungen werden in diesem Augenblick ausgetauscht; ich glaube aber nicht, daß es angebracht ist, gegenwärtig mehr zu sagen. Der liberale David Mason fragte an, ob nicht nach Artikel 8 der Algeciras-Acte der Generalsekretär des diplomatischen Korps darüber zu berichten habe, welche wirksamen Maßnahmen zum Schutz von Leben und Eigentum der Fremden zu ergreifen seien, und ob nicht nach Artikel 9 der Acte das diplomatische Korps im Falle, daß Beschwerden erhoben werden sollten, den Generalsekretär eruchen könne, Erhebungen anzustellen und endlich einen Bericht aufzustellen, ob irgend welche Beschwerden erhoben worden seien. Der Ministerpräsident erwiderte: Dies ist keine Anfrage, welche ohne vorherige Ankündigung gestellt werden sollte. Wenn Mason sie schriftlich vorlegen will, würden Erhebungen angeestellt werden.

Herr v. Riederlen — Waechter setzt inzwischen das gefährliche Spiel der weltpolitischen Ueberwägungen weiter fort. Sein Ehrgeiz scheint darauf gerichtet, jeden Tag eine neue Sensation zu liefern.

Kaum hat der „Panther“ den Hafen von Agadir angelaufen, so kommt schon die offizielle Nachricht, daß der „Panther“ Agadir wieder verlassen werde, um der „Berlin“ Weg zu machen. „Panther“ ist ein Kanonenboot, „Berlin“ ist ein Kreuzer, das Kanonenboot „Panther“ hatte 125 Mann Besatzung, der Kreuzer „Berlin“ hat 286 Mann an Bord. Das Kanonenboot „Panther“ soll angeblich reparaturbedürftig sein, der Kreuzer „Berlin“ ist schon seit Sonnabend von Kiel nach Agadir unterwegs. Also schon als die Regierung die Nachricht vom Eintreffen des Kanonenboots vor Agadir in die Welt setzte, war das stärkere Schiff beordert, das Kanonenboot abzulösen! Offenbar will Herr v. Riederlen-Waechter zeigen, daß er sich vorbehält, die deutsche Flottenmacht vor Agadir nach Belieben zu vergrößern, sonst hätte er gar nicht erst den „Panther“ nach Agadir geschickt, und die Nachricht von der Entsendung des Kreuzers „Berlin“ nicht zurückgehalten.

Ein solche Politik der Theatercoups erscheint höchst gefährlich, es wird schwerlich gelingen, dem Ausland mit ihr zu imponieren!

Die neuen Mitarbeiter des Herrn Cailleur.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns als Ergänzung zu seinem ersten Artikel über das neue französische Ministerium noch folgendes: Von seinen Kollegen im Ministerium Monts hat Herr Cailleur neun vor den Folgen der Demission bedroht, indem er sie aufs neue zu Ministern machte, während er sieben gehen ließ oder gehen ließ. Am auffälligsten ist es, daß er jene zwei Mitglieder des vorigen Kabinetts, die man als die sozialpolitisch fortgeschrittensten betrachtete, den Minister der öffentlichen Arbeiten Charles Dumont und den Arbeitsminister Paul Boncour, nicht einen Augenblick zurückhalten verfuhr. Da die Frage der Wiederanstellung der gemäßigten Eisenbahner, die der Entscheidung des ersten unterlag, und die Frage der Durchführung des Altersversicherungs-Gesetzes, die der zweite Wesen sollte, von ihrer gefährlich be-

nenden Aktualität noch nichts verloren haben, so sowohl Dumont als Boncour sehr energisch gegen die Arbeitsgeber-Einstellung genommen halten, so schloß Herr Cailleur mit den Methoden der beiden ausgeschiedenen Minister brechen zu wollen. Das hieß in der Eisenbahnfrage das Aufheben jedes ermittelten Kampfes gegen die Gesellschaften, um sie zu zwingen, den von der Kammermehrheit ausgesprochenen Willen zu erfüllen, — das hieß auf dem Gebiet der Altersversicherung die Proklamierung „laisses aller, laissez faire“ gegenüber den Unternehmern. Herr Dumont wird durch Herrn Auguste erstickt, der erst in der sozialpolitischen Partei war und heute Vorkämpfer der republikanisch-sozialistischen Kammerfraktion ist, zu der unter anderen Millerand, Viviani und Boncour gehören. Da jedoch Auguste nur in der großen Eisenbahnerdebatte im November 1911 sich mit den gemäßigten Sozialisten auf die Seite der Eisenbahner stellte und erklärte, daß er es nicht für möglich halte, den Angehörigen der öffentlichen Dienste das Streikrecht zu bestreiten, wenn er es auch bedauere, daß ein gewisses moralisches Recht dessen Anwendung nicht verbiete, da er damals ferner für eine Tagesordnung stimmte, in der die Regierung aufgefordert wurde, den Gesellschaften gegenüber ihre Macht anzuwenden, um die Maßregelungen rückgängig zu machen, so ist es nicht recht verständlich, warum ein Teil der reaktionären Presse sich so sehr über den Abgang Dumonts freut. Herr Auguste ist außerdem einer der bekanntesten Verfechter der Staatsmonarchie, er zum Beispiel unermüdet die sogenannten Konzeptionen von Dumont gelobt, kann (wozu Millerand und selbst vielleicht Dumont bereit waren), ohne in der fraktionellen Weise das zu verleugnen, was er gestern noch anbot. Als Bürgermeister von Lyon, als Generalgouverneur von Madagaskar hat er gezeigt, daß er große Verwaltungstaleute besitzt. Sein Strebertum hat ihn nicht erlauft, in der Partei zu bleiben, es kostete ihm keine Ueberwindung, sie zu verlassen. Als Minister kann er nun sagen, ob er sich einen Rest von „sozialistischem“ Willen im Ministerium reformulieren Sinn verstanden, behauptet hat. — Herr Rene Renoult, der Boncour im Arbeitsministerium ersetzte, habe sich als Berichterstatter der Einkommensteuerkommission betätigt. Cailleur scheint von ihm zu erwarten, daß er die Unternehmer bei der Auslegung der einzelnen Paragraphen des Versicherungs-Gesetzes nicht dem Buchstaben gemäß behandeln wird, wie es Boncour tun wollte, der außerdem noch den Antrag Jaures angenommen hatte, die nötigen Kredite für die von der Kammer beschlossenen Verbesserungen des Gesetzes in das Budget von 1912 einzuschreiben, was ihm die Feindschaft des Finanzministers Cailleur eintrug.

Der Wechsel, der im Ministerium des Aeußeren vor sich ging, hat nur für die Stadt Paris eine große Bedeutung, da ihr „Oberbürgermeister“, der Seinepräsident de Selvas, das Stadthaus verläßt, um nach dem Cua d'Oran umzuweichen. Monts hatte ihm den Posten schon angetragen. Damals fühlte er sich noch im Stadthaus sicher. Seitdem hat ein großer Teil davon seine Verwaltung eingeleitet. Deshalb nahm er 2. Mal an, da Herr Cruppi es vorzog, die Fühler zu übernehmen. Von de Selvas sagt man, daß er ein Diplomat sei. — Marokko kann brauchen.

Ueber das Ende der Merikalen Herrschaft in Belgien

und die voraussichtlichen Erben der Schwarzen läßt sich die „Schlef. Ztg.“ aus Brüssel folgendes schreiben:

In der Geschichte Belgiens wird man vergeblich nach einem Gesehenswurf suchen, der so wichtige und einschneidende Folgen nach sich gezogen hat, wie das jüngst verurteilte ultramontane Klostererschulgesetz. Man sieht erst recht, richtig die alte Fühler der belgischen Merikalen, Staatsminister Woeffe, die Lage beurteilt hat, als er von der Einbringung dieses gefährlichen Gesehenswurfs abmahnte. Er vertrat dem Ministerpräsidenten Schollaert gegenüber den Standpunkt, daß das Klostererschulgesetz, nachdem es unter dem Schutze der bestehenden Verfassung einen erheblichen Blüthenstand erreicht hat, sich mit den gegenwärtigen Staatsverhältnissen begnügen möge, daß eine völlige Gleichstellung eines rein konfessionellen und privaten Schulwesens mit dem öffentlichen Staatsschulwesen nicht im Geiste der Verfassung, sondern auch der modernen Auffassung von der ursprünglichen Aufgabe des Staates widerspreche. Der Abgeordnete Woeffe sah voraus, daß die auf sechs Stimmen zusammengeschrumpfte ultramontane Kammermehrheit nicht die Macht besitzen werde, den Entwurf durchzuführen, sobald das ganze Unternehmern keine andere Folge haben könne, als in unendlicher Weise die Opposition zu reizen. Was Woeffe vorausgesehen hat, ist eingetreten. Der Klostererschulgesetz wurde zurückgelassen werden, das Ministerium Schollaert ist gefallen; an seine Stelle trat ein ultramontanes Liquidationsministerium, und die Merikale Partei geht aus dem Abenteuer zweifellos an Kraft und Ansehen geschwächt hervor.

Die wichtigste Folge der Einbringung des Klostererschul-Gesetzes ist aber der enge Zusammenfluß der beiden parlamentarischen Oppositionsparteien, das innige Bündnis zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten, das jetzt in fester Form abgeschlossen worden ist. Nach kurzen Verhandlungen einigen sich die beiden Parteien auf ein vollständiges und ausgedehntes Regierungsprogramm, welches die Einführung des obligatorischen Schulunterrichts des persönlichen Heeresdienstes für alle Stellungspflichtige (nicht bloß, wie jetzt, für die ältesten Söhne), eine umfassende Arbeitsbeschäftigung, vor allem aber die Einführung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts unter völliger Beseitigung des Mehrmännchens umfaßt. Die ersten drei Punkte dieses Programms waren beiden Parteien von jeher gemeinsam. Die Verhandlungen betrafen daher hauptsächlich den vierten Punkt, die Wahlreform, und darin hat der Liberalismus, welcher für ein so industri- und arbeiterreiches Land wie Belgien das allgemeine und gleiche Stimmrecht stets als eine Gefahr erlitt hatte, vor der Sozialdemokratie kapituliert. Allerdings muß auch die letztere sich zu einem keinen Zugeständnis bequemen. Sie forderte bisher das Wahlrecht mit 21 Jahren und muß sich jetzt mit einem Alter des Wahlberechtigten von 25 Jahren begnügen. Sonst sind alle ihre Wünsche erfüllt, und sie wird den Hauptpunkt aus der Wahlreform ziehen. Sie wird in der künftigen liberal-sozialistischen Koalition die meisten Kammerstimmen haben und somit auch den Ausschlag gebenden Einfluß ausüben. Es wird, kommt sie zur Regierung, ein sozialdemokratisches Regime mit liberaler Etikette sein. Die liberale Partei wird nur noch eine Partei zweiten Ranges sein.

Daraus ergibt sich eine für die belgische Staats- und Gesellschaftsordnung sehr gefährliche Lage. Im Lande herrscht eine ausgesprochen antiklerikale Stimmung, welche bei den kommenden allgemeinen Parlamentswahlen der Merikalen Herrschaft ein Ende machen dürfte. Das Emporkommen einer liberal-sozialistischen Herrschaft wird hier allgemein erwartet, eine Herrschaft, in welcher die kollektivistische und republikanisch gestimmte Sozialdemokratie, die nichts von ihren Grundrissen ausgehen hat, den ausschlaggebenden Einfluß ausüben wird.

Was die „Schlefische Zeitung“ mit Entsetzen erfüllt, und als „drohende Gefahr“ angesprochen wird, kann aus nur sympathisches Interesse erwidern. Offiziell erfüllen sich die düsteren Prophezeiungen des Schachmacherblattes recht bald und der Merikalismus wird auch dort zu Boden gestreift.

Der portugiesische Verfassungsentwurf. In der konstituierenden Versammlung zu Lissabon verlas Magelhaes Lima namens der Kommission der Verfassungsentwurf. Die Besprechung beginnt demnächst. Die Versammlung billigte den Vorschlag, Machado Santos zum Kapitän zur See mit einer jährlichen Pension von 3 Kontos Reis zu befördern.

Der Verfassungsentwurf sieht drei Gewalten vor: die gesetzgebende, die ausführende und die richterliche.

Die Erste Kammer wird durch direkte Wahl auf drei Jahre gewählt und wird „Nationalrat“ heißen. Die zweite, die Rat der Vertreter der Gemeinden, wird zur Hälfte alle drei Jahre zu erneuern sein. Beide Kammern bilden vereinigt den Kongress. Der Präsident der Republik wird von beiden Kammern auf vier Jahre gewählt. Er ernennet und beruft die Minister ab, die durch Vorschläge auf alle Fragen antworten müssen, die aus dem Parlament an sie gerichtet werden. Sie sind verpflichtet, vor den parlamentarischen Kommissionen zu erscheinen. Der Präsident und die Minister sind verantwortlich und können vor einen Gerichtshof der Republik gezogen werden, der von dem obersten Gerichtshof aus einer Jury von 22 Mitgliedern gebildet wird, die durch Wahl aus den beiden Kammern hervorgehen. Alle konstitutionellen Garantien für die Entrichtung von Steuern, den Zusammentritt der Kammern, die Wahlen und die individuellen Rechte sind in der Verfassung festgelegt. Der Verfassungsentwurf bestimmt ferner, daß der erste Präsident der Republik durch die konstituierende Versammlung am Tage nach dem Inkrafttreten der Verfassung in geheimer Abstimmung gewählt werden und sein Mandat am 15. Oktober 1915 ablaufen soll.

Internationale Solidarität. Der städtische Magistrat in Sofia (Arim) unterbreitete jüngst der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, wonach die tägliche Arbeitszeit der Bauarbeiter willkürlich um eine Stunde verlängert wurde (von 6 bis 6 mit 2-stündiger Mittagspause). Als einer der Stadtverordneten fragte, ob die Arbeiter mit einer solchen Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden seien, entgegnete das Stadthaupt Jergovulo: „Wir haben die Arbeiter nicht um ihr Einverständnis gefragt. Das hängt ganz von uns ab“. Indessen zeigten die Arbeiter nach der Annahme der Vorlage, daß auch sie ein Wortchen mitzusprechen haben. Am Tage nach der Inkraftsetzung der neuen Vorschrift erklärten sämtliche russische Bauarbeiter Solidarität, daß sie wie früher nur bis 6 arbeiten würden. Darauf sprete der „patriotische“ Magistrat auf den städtischen Bauten sämtliche Russen aus und stellte an ihrer Stelle türkische Arbeiter ein. Nach drei Tagen erklärten sich diese aber solidarisch mit ihren russischen Arbeitskollegen und weigerten sich, die obligatorische Verlängerung des Magistrats anzuerkennen. Die Spekulation der Sozialagrarier und Bodenspekulanten auf die nationalen Gegensätze innerhalb der Arbeiterchaft ist dank dem Umfange des internationalen Gedankens auch bei den türkischen Proletariern schmächtig zu schanden geworden.

Maßregeln gegen die monarchistische Bewegung in Portugal. Bedeutende Truppenmassen sind in Oporto zumammengedrängt worden. Die ganze erste Reserve wurde mobilisiert. Binnen kurzem werden zehntausende Mann Infanterie, Artillerie und Kavallerie in Oporto vereinigt sein. Starke Truppenmassen Infanterie und Kavallerie sind mittels Extrazügen an die Nordgrenze Portugals geschafft worden, um der monarchistischen Bewegung den Einzug in Portugal zu verhindern. Bis jetzt ist alles ruhig, bedeutende Ereignisse haben sich in Lissabon und Oporto nicht zugetragen.

Parteiangelegenheiten.

Der Streit um die Anklagebank. Ein für die Presse wichtiger Vorgang spielte sich am Sonnabend vor dem Schöffengericht in Köln ab. Der verantwortliche Redakteur der „Märkische Volksstimme“, Genosse U., hatte sich in einer Privatbeleidigungsklage, die ein Fintierwäber aufgab, gegen ihn angestrengt hatte, zu verantworten. Als der Genosse U. in den Schöffengerichtssaal trat, wurde er von dem Vorsitzenden des Gerichts in die Anklagebank verwiesen, was seinem Verteidiger, dem Genossen Theodor Lieblich, Veranlassung gab, den Richter unter dem Hinweis auf den bekannten Erlass des Justizministers dahin zu belehren, daß Verlage in Privatbeleidigungsklagen nicht die Anklagebank betreten brauchen. Der Richter bestand aber auf seinem Willen mit dem Bemerkten, daß der Angeklagte doch schon vorbestraft sei. Aus dieser Bemerkung schloß der Verteidiger mit Recht, daß der Richter gegen den Verklagten voreingenommen sei und aus diesem Grunde lehne er den Vorliegenden wegen Veranlassung ab. Dem Richter blieb nun nichts weiter übrig, als den Termin auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Man darf nun auf die Entscheidung gespannt sein, die das Landgericht in dieser Richterablenkung fällen wird.

Verzögerung. Wegen Beleidigung der Direktion der Leipziger Straßenbahn wurden die Genossen Perro und Reimling von der Leipziger Volkszeitung, sowie der Vertrauensmann der Transportarbeiter in Leipzig zu je 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde in zwei von der Leipziger Volkszeitung Transportarbeiter-Verbandes aus Anlaß einer Straßenbahnerbewegung in der Leipziger Volkszeitung veröffentlichten Urteilen gefunden.

Weitere Zerspaltung der österreichischen Sozialdemokratie durch die Tscheken. Der Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie beschloß, einen selbständigen Klub im Reichsrat zu gründen. Dem Klub, dessen Gründung sofort vorgenommen wurde, gehören sämtliche 25 tschechischen Sozialdemokraten an.

Die Wähler aus Böhmen werden bald merken, daß sie allein nichts bedeuten und nur im Bunde mit den Arbeitern aller Nationen Erfolge erzielen können.

Eine italienische Polemik über die österreichischen Wahlen. Der sozialistische Abg. Bissolati hat in dem Mailänder „Secolo“ die Haltung der Triester Sozialisten bei den letzten Wahlen scharf kritisiert und es ihnen zum Vorwurf gemacht, daß sie bei der Stichwahl die Stimmen der Slowenen angenommen hätten. Dadurch hätten sie sich zum Instrument einer Nationalität gegen die andere gemacht. Ueberhaupt sieht Bissolati in dem Ausgang der österreichischen Wahlen einen Sieg der Nationalisten. Gegen diese letzte Bissolatis meubel sich der „Avanti“ in einer redaktionellen Anmerkung. Er macht darauf aufmerksam, daß die Slowenen in Triest das Proletariat bilden, und daß also ihr Eintreten für die sozialistischen Kandidaten auf Grund ihrer Klassenstellung erfolgt ist. Wenn die sozialistischen Kandidaten das getan hätten, was Bissolati für richtig hielt und von der Stichwahl zurückgetreten wären, um nicht durch slowenische Stimmen gewählt zu werden, so hätten sie dadurch nicht, wie Bissolati meint, einen Akt nationaler Ritterlichkeit begangen, sondern vielmehr einen Klassenverrat. Weiter macht der „Avanti“ in einem Leitartikel vom 27. v. M. darauf aufmerksam, daß es gerade die italienische Bourgeoisie ist, die die slowenischen Arbeiter nach Triest in ihre Fabriken ruft. Wenn dann der Wahlsieg kommt, dann bestimmen sich die Herren aus einmal auf ihre italienische Nationalität und wollen in ihrem Namen der Arbeiterklasse, die vorwiegend slowenisch ist, jede Vertretung verweigern. Auf die Art sucht die Triester Bourgeoisie unter dem Vorwand des Nationalismus ihre Klassenstellung zu befestigen.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Radeb. — Redaktion und Expedition: Neue Grunpferstraße 7. — Verlag von Oskar Schö. — Druck von H. Schö. G. m. H. G. — Täglich in Dresden. — Preis 25 Heller.

1206 ist die Fernsprechnummer für Verlag und Expedition unserer Zeitung.
3141 ist die Fernsprechnummer für die Redaktion.

Die Politik und der Binnenschiffer.

In ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen. Und in der Tat, sie sind erkannt, alle die Vereine und die Verbände der Binnenschiffer. Schiffervereine und andere Vereine sind fast in allen Schifferorten entstanden, aber es liegt deren Arbeitsfeld zumeist in dem Streit darüber, wann und bei welchem Gastwirt das Wintervergnügen stattfinden soll. Aus allen Gauen werden Delegierte zur Einweihung einer Schiffervereinsfahne abgefangt. So lange nur diese Vereine und Schiffervereine bestehen, wird auch kein Funken von sozialem Empfinden in die Herzen der Schiffer einziehen und eine Stätte finden. Der Geist, der in diesen Organisationen lebt, ist dem der Kriegervereine gleich. Die Mitglieder in Entfaltung und Unterwürigkeit zu halten, die soziale Abhängigkeit als eine der schönsten Tugenden preussisch-königlichen Weises zu pflegen, das war und ist bis zur heutigen Stunde der Zweck, der in den Schifferorganisationen zum Ausdruck kommt.

Das auch ein großer Teil der Kleinschiffer das Politische für verwerflich hält und es als eine Tugend der Besitzenden und herrschenden Klasse ansieht, kann man tagtäglich beobachten. Hunderte von Schiffern sind dem angeblich unpolitischen Bunde beigegeben und glauben in diesem christlich-königlichen Verein ihre Selbständigkeit gesichert zu sehen. Ein anderer Teil wieder wird in den von der Millionensigma Caesars Volkheim gegründeten Verein einzufangen gesucht, um so im Gehensatz zu dem „Cojeler Verein selbst fahrender Schiffer“, der die Aufrechterhaltung und Stärkung des Standesbewusstseins anstrebt, den Boots- und Steuermann mit dem Privatschiffer für die Segen verheißende Schifferjugend zu interessieren.

So will man den kleinen Landmann und Handwerker weiter in geistiger Finsternis halten. Auch die Arbeiter, die nichts mehr gemein mit dieser privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung haben, versucht man in ewiger Knechtschaft und Unfreiheit zu halten. Nun, die organisierte Arbeiterjugend und auch die Schiffer werden sich mit Unterstützung von dieser Parteienspolitik abwenden, in der Erkenntnis, daß ihnen durch Selbsthilfe der gewerkschaftlichen und politischen Organisation und in der Sozialdemokratie ihr Menschenrecht verteidigt wird. Nicht anders denkt schon ein großer Teil der Privatschiffer. Sie verzichten auf die Schiffer-Kinderheime und Schiffer-Kirchen und deren Pastoren. Sie erblicken in diesem System nur eine Unterjochung, mit welcher man politisch Unterwürigkeit erzieren will.

Ist es nicht geradezu eine unchristliche Handlungsweise dieser kapitalistischen Gesellschaft, wenn sie Tag und Nacht, Sonn- und Feiertags ihre Betriebe um des lieben Profits wegen in Bewegung halten? Den Privatschiffer dagegen aber mit einer Fracht abspießen, daß er mit seinem Fahrzeug dem Bankrott entgegenreißt. Eine auskömmliche Fracht, eine Sonntags- und Nachtruhe, um der Ueberproduktion ein Ende zu bereiten, ist für die in der Schifffahrt Tätigen von der größten Wichtigkeit. Es darf sich kein Schiffer für die Kapitalisten einsparen lassen und gegen unsere Forderungen stimmen. Schon jetzt wird er allzu oft gewahrt, daß er wochenlang zum Sonntaghalten verdammt wird, und nur das Reederkapital volle Beschäftigung auch des Sonntags hat.

In der Erkenntnis der tieftraurigen Lage, in der sich nicht nur der Kleinschiffer, sondern alle kleinen Hand-

werker und Landleute befinden, ist es schon jetzt unsere Aufgabe, die Schiffer darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich nicht wieder für ihre Metzger an die Wahlurne begeben. Dieselben Wasserkapitalisten, die mit dem Privatschiffer gegen die Schifffahrtsabgaben schreiben, sind Bundesgenossen der christlich-königstreuen Regierung, die die Schifffahrtsabgaben erheben wollen und hiermit die Kleinen vernichten. Wie der Berliner und Niddorfer Kommunalstreik, der doch angeblich den Mittelstand rettete, mit einem Schlage die kleinen Steinechiffer vernichtet hat, indem er durch das kommunalpolitische Altes, der Biegel-Transporthilfengesellschaft das Monopol zum Steineauslöchen übertrug, so stellen sich alle bürgerlichen Parteien ihren Wählern gegenüber.

Für die wertvolle Schifferbevölkerung kann es, nachdem sie so heilsame Lehren erfahren, bei der im Januar 1912 stattfindenden Winter-Reichstagswahl nur eins geben, nicht nur Mann für Mann für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zu stimmen, sondern für sie zu agitieren, den auf dem Lande wohnenden Bruder und Nachbar aufzuklären, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern die Großgrundbesitzer, die großen Schifffahrtsgesellschaften und Bergwerksbesitzer es sind, die das politische Nest in ihren Händen haben, und alle Kleinen unterdrücken.

Darum, Ihr Schiffer, alle, die Ihr das Wahlrecht in Eurer Heimat besitzt, der Winter gibt Euch zum ersten Male Gelegenheit, Euren Herzen Luft zu machen. Die Gewerkschaft, die Ihr gegen den Klassenstaat hebt, kann nicht durch Abgabe eines Konservativen, national-liberalen oder eines freisinnigen Stimmzettels bewiesen werden, sondern durch die Abstimmung für die Sozialdemokratie.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Juli.

Gedächtnis-Kalender.

6. Juli.

- 1415 Johann Duf wird in Konstanz verbrannt.
- 1535 Der Ios. Utopist Thomas Morus wird in London enthauptet.

Gesuchte Heiratsobjekte!

Die Sucht der Berufsvereinigungen, den unfallverletzten Arbeitern und Arbeiterinnen möglichst wenig oder gar keine Rente zu geben, treibt sonderbare Blüten. Nächst berichteten wir über einen Fall, wo einer landwirtschaftlichen Arbeiterin die schmale monatliche Rente von etwa 14 Mark auf 10,90 Mark gekürzt wurde, weil sie sich an den Verlust der beiden Unterschenkel „gewöhnt“ habe. Diese Rentenversicherung hat mit Recht überall großes Aufsehen und Entrüstung hervorgerufen. Es gibt aber auch Leute, die darin gar nichts Ungewöhnliches sehen, und es ist bezeichnend, daß gerade in Breslau, wo seit Jahren viel harte Urteile gegen organisierte Arbeiter und „Volkswacht“-Redakteure gefällt worden sind, auch ein Richter aufsteht, der rund heraus erklärt, daß er an der Herabsetzung der Rente nichts Schlimmes findet. Es ist der Regierungs-Assessor Schlenker, am Schiedsgericht für Arbeiter-Versicherung in Breslau, der im „Türmer“ schreibt:

„Ich persönlich würde, ohne Aktienkenntnis, die Herabsetzung der Rente auf 70 Prozent, also um 10 Prozent, für angemessen angesehen haben, falls wirklich völlige Gewöhnung in der verhältnismäßig kurzen Zeit eingetreten ist. Letzteres scheint in der Tat der Fall zu sein und das Mädchen muß ein, medizinisch betrachtet, geradezu hervorragende Be-

handlung erfahren haben. Denn es ist nicht leicht, Unter-schenkel so zu amputieren, daß die Stümpe für Prothesen aufnahmefähig werden, ohne die Gefahr, geblüht und dadurch dauernd wund zu werden, was natürlich Leben und Stehen fast völlig ausschließen würde. Der Prozentsatz der Rente ist nach meiner Kenntnis der Praxis und der Rechtsprechung des R.A. in diesem offenbar medizinisch sehr günstig liegenden Falle sicher nicht niedrig, er entspricht durchaus der Norm. Wenn trotz des hohen Prozentsatzes eine im Gebrauche niedrige Rente sich ergibt, die freilich als Entschädigung für die mangelhaften Verhältnisse nicht angesehen werden kann, so liegt das nicht an der Strafschuldhaftigkeit, der der Herr Richter der Rente die Schuld weist, sondern an den tatsächlichen Bestimmungen der Rente erhalten, die aber eben an demselben Ort werden müssen. Uebrigens sind, wie ich aus der Praxis weiß, Rentenversicherungen mit derartigen dauernden Schäden sehr selten — statistisch objektiv.“

Also, es ist alles ganz in Ordnung! Das Mädchen hat sich an den Verlust der beiden Unterschenkel gewöhnt und deshalb kann und muß die Rente gekürzt werden. Was wollen denn die Leute, die sich darüber aufregen? Sie kennen das Unfall-Versicherungsgesetz nicht, wo schwarz auf weiß geschrieben steht, daß die armen, unglücklichen Menschen noch tiefer gedrückt werden können, wenn eine „Gewöhnung“ eingetreten ist. Und was wollen denn die Entschädigten, die das Schicksal des jungen Mädchens beklagen? Der Landarbeiterin fehlen zwar die beiden Unterschenkel, sie ist also ein erbarmungswürdiger Krüppel, aber dafür bekommt sie ja seit 11 Mark monatliche Rente und sie wird dadurch zu einem „gesuchten Heiratsobjekt“.

Nun naheliegenden Gründen müssen wir es unterlassen, dem Herrn Regierungsassessor die Antwort auf seine trostreichen Worte zu geben, die er eigentlich verdient. Wir können ihm nur sagen, daß sie die Arbeiter als eine Verhöhnung ihres Glucks ansehen. Herr Schlenker ist selbstvertretender Vorsitzender des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, und hat in diesem Amte alle Tage reichlich Gelegenheit, den ganzen Jammer der Verletzten und Invaliden kennen zu lernen. In welche Kreise mag er wohl gedacht haben, als er davon sprach, daß die Rentenempfängerinnen ein „gesuchtes Heiratsobjekt“ sind? In der guten bürgerlichen und agrarisch-abligen Gesellschaft trachtet man doch nach schwerverdienenden Vertreterinnen des schönen Geschlechts, die Hunderttausende und Millionen mitbringen. Wir haben auch noch nie davon gehört, daß ein „strebsamer“, junger Herr, der eine Stütze der Gesellschaft werden will, sein „Herz“ einem verkrüppelten Mädchen mit 11 Mark monatlicher Unfallrente geschenkt hat. Herr Schlenker und die ihm geistesverwandten Leute mögen es uns glauben, daß die Worte von dem „gesuchten Heiratsobjekt“ in Arbeiterkreisen eine Wirkung haben, die dem Ansehen der Arbeiterversicherung und deren Lobredner, das in diesen Tagen ohnehin tief gesunken ist, nicht förderlich sein wird.

* Der siebenste Junfermann-Vortrag erhielt zunächst eine stimmungsvolle des Parlamentarismus, der gewiß Gefahren für die Gewählten in sich birgt, die aber damit nichts zu tun haben, daß er notwendig ist. Wir brauchen den parlamentarischen Führer, müssen aber auch Bestimmungen über seine Kontrolle geben, die alle Gefahren des Parlamentarismus abwenden. Es ist an ihm festzuhalten, dem Mann nicht durch eine unmittelbare Volksabwahl gewählt werden. Wir brauchen auch die Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung, ein Mitspracherecht und Einpruchsrecht in besonderen Fällen, das Vorschlagsrecht und das Verwerfungsrecht, worin ein Stück politischer Erziehung liegt. Das Ziel der Demokratie ist ferner eine demokratische Verwaltung mit der Verantwortlichkeit und Haftbarkeit der Beamten. Die jährlichen Steuerberechnungen erinnern uns an die Budgetverweigerungen, die als Vertrauenskundgebung und wegen der Geldverwendung von uns auszusprechen ist.

Aus aller Welt.

Wie ein Kohlenkäfig wohnt. Die New-Yorker Zensur- und Bilderpresse ergab kürzlich die Hunderttausende von Lesern, die sie in den „Strens“, den Glendoverstein der Metropole, hat, mit einer Schilderung all der Pracht, die ein richtiger Millionärwahn vereinigt. Vor einigen Tagen hat sich nämlich zum ersten Male das Haus, das sich der Kohlenkönig Clark an der weisberghaus 5. Avenue bauen ließ, einer wohl-ausgestatteten Gesellschaft geladener Gäste geöffnet, unter denen „die Herren Vertreter der Presse“ natürlich nicht fehlten. Seit acht Jahren ist an dem Palaste gebaut worden, der einstimmig als der luxuriöseste bezeichnet wird, der den Wohnvergnügen eines New-Yorker Privatmannes dient. Die Architektur „mirt“ etwa ein französisches Landischlößchen mit einem Gefängnis, einer Festung und einer wänschlichen Pagode und erregt das Gefächter aller Kunstverständigen.

Erhebend muß die Schilderung der inneren Einrichtung des Palastes auf die proletarischen Leser wirken, und es lohnt sich aus diesem Grunde, den bürgerlichen Reportern einige dieser wahrhaftigen Wunder nachzuerzählen. Die Herrlichkeiten der Einrichtung kündigen sich dem Besucher schon beim Betreten des Kellergeschosses an. Man findet dort ein großes Marmor-Schwimmbassin, ein türkisches Bad, einen gewaltigen geheizten Weinsteller, die modernsten Kühlvorrichtungen für Speisen usw. Das Hochparterre umfaßt ein geräumiges Vestibül mit der kostbarsten Bronzebekleidung, die mächtige Haupt-Empfangshalle, den monumentalen Treppenaufgang, Rauch- und Willardzimmer. Weiter beherbergt dieses Geschloß eine Automobil-Garage, die dem uneingeweihten Gaste vollständig verborgen bleibt. Auf dem eigentlichen ersten Stockwerk liegen die Haupt-Kunstgalerie, der Stuhlpulvertaal, ein großer Empfangsalon, der fast wie ein Garten mit den seltensten Orchideen und anderen Wunderblumen anmutet, ferner ein Speisesaal, der selbst in Königs- und Kaiserhöfen seinesgleichen sucht. Die große Kunstgalerie ist mit einem Fayence-Kabinett verbunden, in dem die kostbarsten Vafen aus China und Japan aufbewahrt sind. Der große, im Stile Ludwigs XIV. ausgeführte Salon hat antike Holzdekoration, und die nach dem Hintergrund des Hauses führende Halle ist mit Marmor aus Maryland und Rußland ausgelegt. In der Südfassade der durch zwei Etagen sich erstreckenden Kunstgalerie erblickt man das Chorwerk einer Orgel, deren Klänge jedoch von allen Seiten auf den verblüfften Hörer einwirken, da die mächtigen Pfeifen um den ganzen Raum herumzuführen. Eine halbe Million in deutschen Reichsmark hat allein diese vielleicht einzig in der Welt bestehende Orgel gekostet. Auf

dem zweiten Stockwerk kommt man in die Hauptbibliothek, deren einzelne Reihung schon kleine Vermögen repräsentieren.

Auf 15 Millionen Mark hat die städtische Steuerbehörde dieses Zauberschloß des modernen Arztes bewertet, und es gehört mit zur Kulturpsychologie der kapitalistischen Gesellschaft, daß der Mann, der sich in der Metropole diesen Probenzauber leisten kann, weil tausende verachteter „Damen“ in seinen Erdhöhlen des letzten Monats um ein Dünnerleben für ihn schweben, die Steuer auf sein Haus nicht zahlen will, ohne mit der Stadt darum zu prozessieren.

Stadtwaters Leiden. Als kürzlich in einer größeren Stadt Bayerns die Gemeindefolgeversammlung zu Ende war, erhob sich ein älterer Herr und sagte: „Ich hätte noch den Wunsch, daß die Presse, die uns immer in dankenswerter Weise ihre liebenswürdige Aufmerksamkeit schenkt, in ihren Sitzungsberichten den Schlußsatz weglassen. Unsere Veranstaltung ist immer schon um 9 Uhr zu Ende und da geht man noch ein Glas Wein trinken, es werden auch manchmal zwei Glas. Einige Herren spielen „Schafkopf“ und man liebt ein Bierstübchen und so kommt man um 1 Uhr nach Hause. Am andern Tage sitzt man, nichts Böses ahnend, da und liest die Zeitung und da hält einem dann die leure Gattin den Veranlassungsbericht vor die Nase, wo in der letzten Zeile steht: Schluß der Sitzung um 9 Uhr. — Und Du bist erst um 1 Uhr aus der Veranstaltung heimgekommen?“ — Natürlich gibt es dann unangenehme Auseinandersetzungen. Was liegt der Presse daran, „Schluß 9 Uhr“ zu schreiben? Der Antrag fand allgemeine Unterstützung, und der Vorsitzende übermittelte ihn unter großer Pöllerkeit der Presse.

Ein furchtbares Unwetter, das von einem vorbeiziehenden Hagelschlag begleitet war, hat die Gegend von Freising (Bayern) heimgesucht. Nach wenigen Augenblicken bot die ganze Gegend ein Bild der Verwüstung. Die Hagelförner hatten die Größe von Hühneriern. Nicht ein Haus blieb übrig, dessen Fenster nicht zertrümmert wurden. Im Schulhaus wurde allein 120 Fenster Scheiben zerschlagen. Die Gemüsegärten sind total vernichtet. Auch in den Wäldern hat das Unwetter großen Schaden angerichtet. Viele Bäume sind vom Sturm geknickt worden. Die Getreidefelder bieten einen jammervollen Anblick. Die telegraphischen und die telephonischen Leitungen sind vielfach zerstört. Zahlreiche Vögel und Wild wurden von den rauhigen Schloten erschlagen.

Die Hitze in Nordamerika. Die furchtbare Hitze, die größte, die Amerika seit 12 Jahren gehabt hat, hält im ganzen Lande an. Die Städte maßen alle nahezu 100 Grad, viele, besonders in Kansas und in Oklahoma, sogar bis 108. Die An-

zahl der Todesfälle überstieg am Montag 100, darunter Chicago 51, New York 14, Philadelphia 12 Tote. Mehrfach wurden Selbstmorde und Wahnsinnsfälle gemeldet. Ein leichter Seewind, der eine geringe Feuchtigkeit bringt, schließt New York bisher vor einer schweren Katastrophe.

Die Hitze erreichte gestern mit 105 Grad Fahrenheit absolute Schattentemperatur ihren Höhepunkt. Während der letzten 24 Stunden ereigneten sich in New York 19, im ganzen Osten mehr als 300 Todesfälle. Die Zahl der Erkrankungen ist gar nicht mehr kontrollierbar. Die Zustände in den ärmeren Stadtteilen, in denen die Bevölkerung größtenteils aus Fremden und Negern die Nächte verbringt, sind erbärmlich. Die Weigerung der Behörden, die großen und schattigen öffentlichen Parks während der Nachstunden offen zu halten, begegnet großem Unwillen. Am gestrigen Nachmittag verzeichnete man die stärkste, jemals registrierte Frequenz auf familiären Wahnwegen und Gassen. Der gestrige Tag war ein Feiertag. Mindestens eine Million Menschen verließen die Stadt, obgleich in der ganzen Umgebung ebenfalls die Höchsttemperaturen herrschten und den ganzen Tag über auch anhielten. Das Wetterbureau in Washington meldet, daß zurzeit keinerlei Aussicht auf Abänderung des Wetters bestehe. Die Selbstmorde nehmen infolge der Hitze stark zu.

Landarbeiteridyll. Im Dorfe Bienen bei Salzungen wollten am Sonnabend zwei Schweizer ihre neue Stellung bei dem Gutbesitzer Studmann antreten. Wegen des Lohnes gerieten sie in Differenzen, wobei schließlich erregte Worte fielen. Der Gutbesitzer verbot den Arbeitern den Hof und als sie nicht gleich gingen, soll er seine Jagdflinte, die mit Schrot geladen war, ergriffen haben und dreimal auf die davonziehenden beiden Leute geschossen haben. Der eine wurde angeblich schwer getroffen und liegt zurzeit im Krankenhaus zu Salzungen.

Standalische Szenen auf dem Festplatz. Zu standalischen Szenen kam es gestern auf dem Festmehlsplatz des Rheinischen Sängerbundesfestes in Köln. Zahlreiche Zuhörer drängen wütend und mit geballten Fäusten auf die Herren der Festleitung ein und bewarfen sie mit Steinen, so daß zu ihrem Schutze Polizeimannschaften requiriert werden mußten. Als dann geräuschten die Organisatoren die Einfriedigung des Festplatzes. Die Polizisten bejagten hierauf die Zugänge zum Festplatz, um weitere Ausschreitungen zu verhindern. In einer wegen dieser Vorgänge sofort einberufenen Sitzung des Vorstandes des Rheinischen Sängerbundes wurde beschlossen, die Richter des Festplatzes für allen Schaden verantwortlich zu machen und Forderungen gegen sie wegen Verletzung und Entziehung zu erheben. Für das heute stattfindende Arbeiterfest wird ein größeres Polize-

Die Politik und der Binnenschiffer.

In ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen. Und in der Tat, sie sind erkannt, alle die Vereine und die Verbände der Binnenschiffer. Schiffervereine und andere Vereine sind fast in allen Schifferorten entstanden, aber es liegt deren Arbeitsfeld zumeist in dem Streit darüber, wann und bei welchem Gastwirt das Wintervergütigen stattfinden soll. Aus allen Gauen werden Delegierte zur Einweihung einer Schiffervereinsfahne abgefanzt. So lange nur diese Innungen und Schiffervereine bestehen, wird auch kein Funken von sozialem Empfinden in die Herzen der Schiffer einziehen und eine Stätte finden. Der Geist, der in diesen Organisationen lebt, ist dem der Arbeitervereine gleich. Die Mitglieder in Entfaltung und Unterwürfigkeit zu halten, die soziale Abhängigkeit als eine der schönsten Tugenden preußisch-deutscher Geistes zu pflegen, das war und ist bis zur heutigen Stunde der eigentliche Zweck, der in den Schifferorganisationen zum Ausdruck kommt.

Dass auch ein großer Teil der Kleinschiffer das Politisieren für verwerflich hält und es als eine Tugend der Besitzenden und herrschenden Klasse ansieht, kann man tagtäglich beobachten. Hunderte von Schiffen sind dem angeblich unpolitischen Bunde beigetreten und glauben in diesem christlich-königstreuen Verein ihre Selbständigkeit gesichert zu sehen. Ein anderer Teil wieder wird in den von der Millionensirma Caspar Volkheim gegründeten Verein einzufangen gesucht, um so im Gegensatz zu dem „Cajoler Verein selbst fahrender Schiffer“, der die Aufrechterhaltung und Stärkung des Standesbewusstseins anstrebt, den Vorkriegs- und Steuermann mit dem Privatschiffer für die Segen verheißende Schifferjugend zu interessieren.

So will man den kleinen Landmann und Handwerker weiter in geistiger Finsternis halten. Auch die Arbeiter, die nichts mehr gemein mit dieser privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung haben, versucht man in ewiger Knechtschaft und Unfreiheit zu halten. Nun, die organisierte Arbeiterschaft und auch die Schiffer werden sich mit Entschiedenheit von dieser Leinwandpolitik abwenden, in der Erkenntnis, daß ihnen durch Selbsthilfe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und in der Sozialdemokratie ihr Menschenrecht verleiht wird. Nicht anders denkt schon ein großer Teil der Privatschiffer. Sie verzichten auf die Schiffer-Kinderheime und Schiffer-Kirchen und deren Pastoren. Sie erblicken in diesem System nur eine Unterjochung, mit welcher man politisch Unterwürfige erziehen will.

Ist es nicht geradezu eine undrillliche Handlungsweise dieser kapitalistischen Gesellschaft, wenn sie Tag und Nacht, Sonn- und Feiertags ihre Betriebe um des lieben Profits wegen in Bewegung halten? Den Privatschiffer dagegen aber mit einer Fracht abspießen, daß er mit seinem Fahrzeug dem Bankrott entgegenreißt. Eine auskömmliche Fracht, eine Sonntags- und Nachtruhe, um der Ueberproduktion ein Ende zu bereiten, ist für die in der Schifffahrt Tätigen von der größten Wichtigkeit. Es darf sich kein Schiffer für die Kapitalisten einfangen lassen und gegen unsere Forderungen stimmen. Schon jetzt wird er allzu oft gewahrt, daß er wochenlang zum Sonntaghalten verdammt wird, und nur das Neckerkapital volle Beschäftigung auch des Sonntags hat.

In der Erkenntnis der tieftraurigen Lage, in der sich nicht nur der Kleinschiffer, sondern alle kleinen Hand-

werker und Landleute befinden, ist es schon jetzt unsere Aufgabe, die Schiffer darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich nicht wieder für ihre Meßger an die Wahlurne begeben. Dieselben Wasserkapitalisten, die mit dem Privatschiffer gegen die Schifffahrtsabgaben schreiben, sind Bundesgenossen der christlich-königstreuen Regierung, die die Schifffahrtsabgaben erheben wollen und hiermit die Kleinen vernichten. Wie der Berliner und Nürdorfer Kommunalfreisinn, der doch angeblich den Mittelstand rettet, mit einem Schläge die kleinen Steinschiffer vernichtet hat, indem er durch das kommunalpolitische Klientel, der Biegel-Transport-Mittengesellschaft das Monopol zum Steineauslösen übertrug, so stellen sich alle bürgerlichen Parteien ihren Wählern gegenüber.

Für die werktätige Schifferbevölkerung kann es, nachdem sie so heilsame Lehren erfahren, bei der im Januar 1912 stattfindenden Winter-Reichstagswahl nur eins geben, nicht nur Mann für Mann für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zu stimmen, sondern für sie zu agitieren, den auf dem Lande wohnenden Bruder und Nachbar aufzuklären, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern die Großgrundbesitzer, die großen Schifffahrtsgesellschaften und Bergwerksherren es sind, die das politische Heft in ihren Händen haben, und alle Kleinen unterdrücken.

Darum, Ihr Schiffer, alle, die Ihr das Wahlrecht in Eurer Heimat besitzt, der Winter gibt Euch zum zweiten Male Gelegenheit, Euren Herzen Luft zu machen. Die Gegenpartei, die Ihr gegen den Klassenstaat hegt, kann nicht durch Abgabe eines konservativen, nationalliberalen oder eines freisinnigen Stimmzettels bewiesen werden, sondern durch die Abstimmung für die Sozialdemokratie.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Juli.

Gedächtnis-Kalender.

6. Juli.

- 1415 Johann Bug wird in Konstantin verbrannt.
- 1535 Der sog. Koptist Thomas Merus wird in London enthauptet.

Gesuchte Heiratsobjekte!

Die Sucht der Berufsgenossenschaften, den unglücklichsten Arbeitern und Arbeiterinnen möglichst wenig oder gar keine Rente zu geben, treibt sonderbare Blüten. Kürzlich berichteten wir über einen Fall, wo einer landwirtschaftlichen Arbeiterin die monatliche Rente von etwa 14 Mark auf 10,90 Mark gekürzt wurde, weil sie sich an den Verlust der beiden Unterextremitäten „gewöhnt“ habe. Diese Rentenquerscherer hat mit Recht überall großes Aufsehen und Entrüstung hervorgerufen. Es gibt aber auch Leute, die darin gar nichts Ungewöhnliches sehen, und es ist bezeichnend, daß gerade in Breslau, wo seit Jahren viel harte Urteile gegen organisierte Arbeiter und „Volkswacht“-Redakteure gefällt worden sind, auch ein Richter aufsteht, der rüde heraus erklärt, daß er an der Herabsetzung der Rente nichts Schlimmes findet. Es ist der Regierungs-Assessor Schlenker, am Schiedsgericht für Arbeiter-Versicherung in Breslau, der im „Türmer“ schreibt:

„Ich verständig würde, ohne Ankenntnis, die Herabsetzung der Rente auf 70 Prozent, also um 10 Prozent, für angemessen angesehen haben, falls wirklich völlige Gewöhnung in der verhältnismäßig kurzen Zeit eingetreten ist. Letzteres scheint in der Tat der Fall zu sein und das Mädchen muß ein, medizinisch betrachtet, geradezu hervorragende Be-

handlung erfahren haben. Denn es ist nicht leicht, Unterextremitäten so zu amputieren, daß die Stümpe für Prothesen aufnahmefähig werden, ohne die Gefahr, gedrückt und dadurch dauernd wund zu werden, was natürlich Leben und Leben fast völlig ausschließen würde. Der Prozentsatz der Rente ist nach meiner Kenntnis der Praxis und der Rechtsprechung des R.-V.-A. in diesem, offenbar medizinisch sehr günstig liegenden Falle sicher nicht niedrig, er entspricht durchaus der Norm. Wenn trotz des hohen Prozentsatzes eine im Geldwert niedrige Rente sich ergibt, die freilich als Entschädigung für die irdischen Unfallfolgen nicht angesehen werden kann, so liegt das nicht an der Vermögenslosigkeit, der der Herr Verfasser der Note die Schuld zuschreibt, sondern an den gesetzlichen Bestimmungen, die sicher Härten enthalten, die aber eben angeordnet werden müssen. Uebrigens sind, wie ich aus der Praxis weiß, Rentempfängerinnen mit dauernden dauernden Schäden gesucht — Heiratsobjekte!“

Also, es ist alles ganz in Ordnung! Das Mädchen hat sich an den Verlust der beiden Unterextremitäten gewöhnt und deshalb kann und muß die Rente gekürzt werden. Was wollen denn die Leute, die sich darüber aufregen? Sie kennen das Unfall-Versicherungsgesetz nicht, wo schwarz auf weiß geschrieben steht, daß die armen, unglücklichen Menschen noch tiefer gedrückt werden können, wenn eine „Gewöhnung“ eingetreten ist. Und was wollen denn die Entschädigten, die das Schicksal des jungen Mädchens beklagen? Der Landarbeiterin fehlen zwar die beiden Unterextremitäten, sie ist also ein erbarmungswürdiger Krüppel, aber dafür bekommt sie ja fast 11 Mark monatliche Rente und sie wird dadurch zu einem „gesuchten Heiratsobjekt“.

Aus naheliegenden Gründen müssen wir es unterlassen, dem Herrn Regierungs-Assessor die Antwort auf seine trostreichen Worte zu geben, die er eigentlich verdient. Wir können ihm nur sagen, daß sie die Arbeiter als eine Verbesserung ihres Glucks ansehen. Herr Schlenker ist stellvertretender Vorsitzender des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, und hat in diesem Amte alle Tage reichlich Gelegenheit, den ganzen Jammer der Verletzten und Invaliden kennen zu lernen. An welche Kreise mag er wohl gedacht haben, als er davon sprach, daß die Rentempfängerinnen ein „gesuchtes Heiratsobjekt“ sind? In der guten bürgerlichen und agrarisch-adligen Gesellschaft trachtet man doch nach schwerreichen Vertreterinnen des schönen Geschlechts, die Hunderttausende und Millionen mitbringen. Wir haben auch noch nie davon gehört, daß ein „Krepphauer“, junger Herr, der eine Stütze der Gesellschaft werden will, sein „Geld“ einem verkrüppelten Mädchen mit 11 Mark monatlicher Unfallrente geschenkt hat. Herr Schlenker und die ihm geistesverwandten Leute mögen es uns glauben, daß die Worte von dem „gesuchten Heiratsobjekt“ in Arbeiterkreisen eine Wirkung haben, die dem Ansehen der Arbeiterversicherung und deren Lobredner, das in diesen Tagen ohnehin tief gesunken ist, nicht förderlich sein wird.

* Der siebente Dunters-Vortrag enthält zunächst eine Abrechnung des Parlamentarismus, der gewiß Gefahren für die Gewächter in sich birgt, die aber damit nichts zu tun haben, daß er notwendig ist. Wir brauchen den parlamentarischen Führer, müssen aber auch Bestimmungen über seine Kontrolle geben, die alle Gefahren des Parlamentarismus abwenden. Es ist an ihm festzuhalten, denn wenn nicht durch eine unmittelbare Volksgefäßnahme erreicht werden. Wir brauchen auch die Anteilnahme des Volkes an der Gesetzgebung, ein Mitsprache- und Einwirkungsrecht in besonderen Fällen, das Vorschlagsrecht und das Verwerfungsrecht, worin ein Stück politischer Erziehung liegt. Das Ziel der Demokratie ist ferner eine demokratische Verwaltung mit der Verantwortung und Solidarität der Beamten. Die jährlichen Steuerbewilligungen erinnern uns an die Budgetverordnungen, die als Vertrauensfrage und wegen der Geldverwendung von uns auszusprechen ist.

Aus aller Welt.

Wie ein Kohlenkönig wohnt. Die New-Yorker Zeitung „Bildungs- und Kultur“ erzählt kürzlich die Sonderart der von Lesern, die sie in den „Times“, den Glanzstücken der Metropole, hat, mit einer Schilderung all der Pracht, die ein richtiger Wohlstandsviertel vereinigt. Vor einigen Tagen hat sich nämlich zum ersten Male das Haus, das sich der Millionär Clark an der weltberühmten 5. Avenue bauen ließ, einer wohl ausgestatteten Gesellschaft geladener Gäste geöffnet, unter denen die Herren Vertreter der Presse natürlich nicht fehlten. Seit acht Jahren ist an dem Palaste gebaut worden, der einstimmig als der luxuriöseste bezeichnet wird, der den Wohnzwecken eines New-Yorker Privatmannes dient. Die Architektur „mit“ etwa ein französisches Landhause mit einem Gefängnis, einer Festung und einer ägyptischen Pagode und cretat das Geschick aller Kunstverwandigen.

Erhebend muß die Schilderung der inneren Einrichtung des Autokratens auf die proletarischen Leser wirken, und es lohnt sich aus diesem Grunde, den bürgerlichen Reportern einige dieser wahrhaftigen Märchen nachzuerzählen. Die Herrlichkeiten der Einrichtung kündigen sich dem Besucher schon beim Betreten des Kellergeschosses an. Man findet dort ein großes Marmor-Schwimmbassin, ein türkisches Bad, einen gewaltigen gewölbten Weinstock, die modernsten Küchenvorrichtungen für Speiser usw. Das Hochparterre umfaßt ein geräumiges Vestibül mit der kostbarsten Bronzefassade, die mächtige Hauptempfangshalle, den monumentalen Treppenaufgang, Rauch- und Billardzimmer. Weiter beherbergt dieses Geschloß eine Automobils-Garage, die dem uneingeschränkten Gaste vollständig verborgen bleibt. Auf dem eigentlichen ersten Stockwerk liegen die Hauptausgangshalle, der Skulpturensaal, ein großer Empfangsalon, der fast wie ein Garten mit den seltensten Orchideen und anderen Wunderblumen anmutet, ferner ein Speisesaal, der selbst in Formig- und Staisiergeschäften seinesgleichen sucht. Die große Kunstgalerie ist mit einem France-Kabinett verbunden, in dem die kostbarsten Bienen aus China und Japan zusammen gefunden haben. Der große, im Stil Ludwigs XV. ausgeführte Salon hat antike Holzdekoration, und die nach dem Hintergrunde des Hauses führende Halle ist mit Marmor aus Maryland und Kupfer ausgelegt. In der Südfassade der durch zwei Etagen sich erstreckenden Kunstgalerie erblickt man das Chorwerk einer Orgel, deren Klänge jedoch von allen Seiten auf den verflüchtigen Hörer einwirken, da die mächtigen Pfeifen auf den ganzen Raum heraufziehen. Eine halbe Million in deutschen Reichsmark hat allein diese herrliche Orgel in der Welt bestehende Orgel gekostet. Auf

dem zweiten Stockwerk kommt man in die Hauptbibliothek, deren einzelne Bücher schon kleine Vermögen repräsentieren.

Auf 15 Millionen Mark hat die hiesige Steuerbehörde dieses Raubgeschloß des modernen Krösus bewertet, und es gehört mit zur Kulturpsychologie der kapitalistischen Gesellschaft, daß der Mann, der sich in der Metropole diesen Prunkzauber leisten kann, weil tausende verachteter „Kunnen“ in nassen Erdhöhlen des fernsten Montana um ein Dingerlohn für ihn schanzeln, die Steuer auf sein Haus nicht zahlen will, ohne mit der Stadt darum zu prozessieren.

Stadtvaters Leiden. Als kürzlich in einer größeren Stadt Bayerns die Gemeindefolkungssitzung zu Ende war, erhob sich ein älterer Herr und sagte: „Ich hätte noch den Wunsch, daß die Presse, die uns immer in dankenswerter Weise ihre lebenswichtigen Aufmerksamkeiten schenkt, in ihren Signaturberichten den Schlußsatz weglassen. Unsere Versammlung ist immer schon um 9 Uhr zu Ende und da geht man noch ein Glas Bier trinken, es werden auch manchmal zwei Glas. Einige Herren spielen „Schachkopf“ und man liebt ein Bierstündchen und so kommt man um 1 Uhr nach Hause. Am anderen Tage sieht man, nichts Böses ahnend, da und sieht die Zeitung und da hält einem dann die teure Gattin den Verfallungsbericht vor die Nase, wo in der letzten Zeile steht: Schluß der Sitzung um 9 Uhr. — „Und Du bist erst um 1 Uhr aus der Versammlung heimgekommen?“ — Natürlich gibt es dann unangenehme Auseinandersetzungen. Was liegt der Presse daran, „Schluß 9 Uhr“ zu schreiben? Der Antrag fand allgemeine Unterstützung, und der Vorsitzende übermittelte ihn unter großer Heiterkeit der Presse.

Ein fürchterliches Unwetter. Das von einem verheerenden Hagelschlag begleitet war, hat die Gegend von Freising (Bayern) heimgesucht. Nach wenigen Augenblicken bot die ganze Gegend ein Bild der Verwüstung. Die Hagelkörner hatten die Größe von Hühnerkugeln. Nicht ein Haus blieb übrig, dessen Fenster nicht zertrümmert wurden. Im Schulhaus wurden allein 120 Fenster Scheiben zertrümmert. Die Gemüsegärten sind total vernichtet. Auch in den Wäldern hat das Unwetter großen Schaden angerichtet. Viele Bäume sind vom Sturm geknickt worden. Die Getreidefelder bieten einen jämmerlichen Anblick. Die telegraphischen und die telephonischen Leitungen sind vielfach zerstört. Zahlreiche Vögel und Wild wurden von den wuchtigen Schlägen erschlagen.

Die Hitze in Nordamerika. Die fürchterliche Hitze, die größte, die Amerika seit 12 Jahren gehabt hat, hält im ganzen Lande an. Die Städte melden alle nahezu 100 Grad, viele, besonders in Kansas und in Oklahoma, sogar bis 108. Die An-

zahl der Todesfälle überstieg am Montag 100, darunter Chicago 51, New York 14, Philadelphia 12 tote. Mehrfach werden Selbstmorde und Wahnsinnsfälle gemeldet. Ein leichter Erdbeben, der eine geringe Beudigkeit bringt, schlug New York bisher vor einer schweren Katastrophe.

Die Hitze erreichte gestern mit 105 Grad Fahrenheit absolute Schattentemperatur ihren Höhepunkt. Während der letzten 24 Stunden ereigneten sich in New York 19, im ganzen Osten mehr als 200 Todesfälle. Die Zahl der Erkrankungen ist gar nicht mehr kontrollierbar. Die Zustände in den ärmeren Stadtteilen, in denen die Bevölkerung größtenteils aus Feuerleitern und Näheren die Nahrung verbringt, sind erbärmlich. Die Regierung der Behörden, die großen und schattigen öffentlichen Parks während der Nachmittagen offen zu halten, begegnet großem Unwillen. Am gestrigen Nachmittag verzeichnete man die höchste, jemals registrierte Hitzegrade auf sämtlichen Bahnlinien und Häfen. Der gestrige Tag war ein Feiertag. Mindestens eine Million Menschen verließen die Stadt, obgleich in der ganzen Umgebung ebenfalls die Höchsttemperaturen herrschten und den ganzen Tag über auch anhielten. Das Wetterbureau in Washington meldet, daß zurzeit keinerlei Aussicht auf Abänderung des Wetters bestehe. Die Selbstmorde nehmen infolge der Hitze stark zu.

Laubarbeiteridyll. Im Dorfe Wiemjen bei Salgfusen wollten am Sonntagabend zwei Schweizer ihre neue Stellung bei dem Gutsbesitzer Studmann antreten. Wegen des Lohnes gerieten sie in Differenzen, wobei schließlich erregte Worte fielen. Der Gutsbesitzer verbot den Arbeitern den Hof und als sie nicht gleich gingen, soll er seine Jagdflinte, die mit Schrot geladen war, ergriffen haben und dreimal auf die davoneilenden beiden Leute geschossen haben. Der eine wurde angeblich schwer getroffen und liegt zurzeit im Krankenhaus zu Salgfusen.

Skandalöse Szenen auf dem Festplatz. Zu skandalösen Vorgängen kam es gestern auf dem Festplatz des Rheinischen Sängerbundesfestes in Köln. Zahlreiche Bundesbesitzer drangen wütend und mit geballten Fäusten auf die Herren der Festleitung ein und erwarteten sie mit Steinen, so daß zu ihrem Schutze Polizeimannschaften requiriert werden mußten. Als dann wollten die Erregten die Einfriedigung des Festplatzes. Die Polizeisten befehlen hierauf die Zugänge zum Festplatz, um weitere Ausschreitungen zu verhindern. In einer wegen dieser Vorgänge sofort einberufenen Sitzung des Vorstandes des Rheinischen Sängerbundes wurde beschlossen, die Mächter des Festplatzes für allen Schaden verantwortlich zu machen und Anklage gegen sie wegen Bedrohung und Erpressung zu erheben. Für das heute stattfindende Kinderfest wird ein größeres Polizei-

Achter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

(Fortsetzung.)

Dresden, 1. Juli.

Bildungsbestrebungen und Bibliothekswesen in den Gewerkschaften.

Referent: J. Sassenbach-Berlin: Die deutschen Gewerkschaften haben vor ihrer Begründung an versucht, auf ihre Mitglieder erzieherisch einzuwirken und ihnen die Kenntnisse zu vermitteln, die sie befähigen, mit Ueberzeugung und Ueberlegung den wirtschaftlichen und politischen Kampf zu führen. Nur der kann ein guter Kämpfer sein, der weiß, was er will. Besonders in den Zeiten der Krisis zeigt es sich, wie wertvoll die durch die Erziehungsarbeit bedingte klare Ueberzeugung in der Mitgliedschaft ist. Presse, Vorträge und Bibliotheken standen den Gewerkschaften zu diesem Zwecke zur Verfügung. Ohne Ueberhebung können wir sagen, daß das gewerkschaftliche Zeitungs- und Bibliothekswesen auf hoher Stufe steht. Ständig ist an seiner Verbesserung gearbeitet, bedeutende Mittel sind aufgewandt worden und durch Anstellung besonderer Redakteure hat man den früheren Zustand befestigt, daß der Verbandsvorsitzende oder Verbandskassierer so nebenbei die Zeitung zusammenstellen mußte. Damit soll nicht gesagt sein, daß auch hier nicht noch manches getan werden könnte. Das

Vortragswesen hat großen und guten Einfluß geübt.

Da mancher Gewerkschaftler und auch wie mancher von uns ist durch die Vorträge in den Gewerkschaften zum ersten Male zum Nachdenken über wirtschaftliche Fragen angeregt worden.

Das Bildungs- und Bibliothekswesen kann für die Gewerkschaften nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein. Ihre Aufgabe ist es, die Mitglieder mit den Fragen des öffentlichen Lebens bekannt zu machen und sie als kämpfende zu unterstützen. Immerhin sind auch Versuche gemacht worden, die Massen der Elementararbeitskräfte zu befechtigen, so in vielen Universitätsstädten durch die freie Studentenschaft. Diese Vorträge verdienen durch die Unterstützung der Gewerkschaften. Ebenso ist es angebracht, die Gewerkschaftsmitglieder auf die von der Arbeiterkassier geleiteten eigenen Bildungsvereine aufmerksam zu machen, also auf Arbeiterbildungsschulen und freie Volkshäuser. Durch Agitation für diese von der Arbeiterkassier selbst geleiteten Bildungseinrichtungen können die Gewerkschaften mittelbar eine wirkungsvolle Bildungsarbeit verrichten. Am liebsten dem Kongress ein nichtgedruckter Antrag vor, daß die Stenographie unter die Bildungsmittel der Arbeiter aufgenommen wird. Eine solche Erklärung wäre durchaus schädlich. Die Stenographie ist eine schöne Kunst und sehr nützlich für alle diejenigen, die berufsmäßig viel zu schreiben haben. Was aber will der Arbeiter, der nur für eigene Bedürfnisse oder ab und zu auch im Dienst der Organisation eine Feder anzufassen hat, mit Stenographie? Es ist ihm viel lieber, wenn er ein gutes Buch liest. (Lebhafte Zustimmung.)

Wie kann nun für bessere Vorträge gesorgt werden? Dadurch, daß an Stelle des heutigen zufälligen Verfahrens ein systematisches Vorgehen tritt. Ich will damit durchaus nicht eine Zentralisation des Bildungs- und Bibliothekswesens vorschlagen. Es kann sich hier nur um Anregungen handeln, nicht um schablonenmäßiges Vorgehen. Solche Anregungen werden bereits jetzt gegeben durch den von der sozialdemokratischen Partei eingesetzten Zentralbildungsausschuß und durch die Bildungsausschüsse an den einzelnen Orten. In den drücklichen Ausschüssen sind die Gewerkschaften bereits jetzt meist beteiligt. Ich möchte nun dringend wünschen, daß diese Teilnahme an allen Orten allgemein wird. (Sehr richtig!) Durch solches Mitarbeiten wird die Arbeit der Ausschüsse gefördert und vielfach erst die Möglichkeit einer geeigneten Tätigkeit für sie gegeben. Natürlich müssen die Gewerkschaften im Bildungsausschuß paritätisch vertreten sein. Fernere Voraussetzung ist, daß Lehrgegenstände, die das Gebiet der Gewerkschaften betreffen, auch im Sinne der Gewerkschaften vorgelesen werden. Wir haben keine Veranstaltung, die den Arbeitern die Freude an den Gewerkschaften bereitet wird.

den Arbeitern die Freude an den Gewerkschaften bereitet wird.

(Lebhafte Zustimmung.) Es soll das nur eine vorübergehende Bemerkung sein, da das in letzter Zeit bestehende gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wohl einigermaßen die Sicherheit gibt, daß der gewerkschaftliche Standpunkt genügend berücksichtigt wird. Immer wieder es sich darum handelt, gute Vortragsstoffe zu besorgen. In keinem Orte ist das nicht immer möglich, hier wird die Gesamtheit einzutreten haben. In den großen Orten aber muß mit dem bisherigen System gebrochen werden, erst im letzten Augenblick einen Referenten zu besorgen und diesen über ein beliebiges Thema reden zu lassen. Hier dürfte es sich empfehlen, für eine längere Periode die Vorträge festzusetzen, etwa für ein halbes Jahr. Dann müßten die Vorträge so gewählt werden, daß sie sich ergänzen, ohne daß dabei das Verständnis irgend eines Vortrages erschwert wird, wenn der vorher gehaltene Vortrag nicht gehört wurde. Dagegen empfiehlt es sich nicht, in den Vereinsversammlungen gelesene Vortragsstoffe zu veranstalten. Solche Kurse geben am besten von der gesamten Arbeiterkassier eines Ortes aus, von der gemeinsamen Teilnahme von Partei und Gewerkschaften. Läßt sich das nicht ermöglichen, so könnte das Gewerkschafts-kartell solche Kurse veranstalten.

Auch soweit es sich um Veranstaltungen zur

Bildung der Jugend

handelt, käme in erster Linie ein gemeinsames Vorgehen in Frage. Daß auf diesem Gebiete eine rege Tätigkeit der Gewerkschaften erwünscht und nötig ist, hat ja der vorhergehende Gewerkschaftskongress nachdrücklich betont. Vorträge sollen nicht als Mittel betrachtet werden, die Zeit totzuschlagen und die Versammlungen auszufüllen. Manchen Redner aber wäre es zu raten, die Zuhörer nicht durch allzulange Ausführungen abzuspannen. Die Wirkung der Vorträge wird erhöht, wenn am besten während der ganzen Versammlung kein Ausschau stattfindet. Es ist besser, statt der indirekten Entschädigung durch den Verbrauch von Getränken eine direkte Rente für das Lokal zu zahlen. (Sehr richtig!) Was in anderen Ländern möglich war, sollte auch in Deutschland einführbar sein. Es wäre noch zu überlegen, inwieweit die Generalkommission und die einzelnen Verbände durch Lieferung von Vortragsgewürfen dem Bedürfnis von Kindern, an Rednern armen Orten entgegenzukommen und jüngere Gewerkschaftler bei Vortragsversuchen unterstützen könnten.

Der erfreuliche Fortschritt der Gewerkschaften macht eine Menge Kräfte nötig, die nicht mehr in der alten Weise herangebildet werden können. Die älteren Gewerkschaftsfunktionäre sind mit den Organisationen groß geworden und allmählich in die immer größer werdenden Aufgaben der Gewerkschaft hineingewachsen. Wenn aber heute ein Mitglied einer Organisation in eine gewerkschaftliche Stellung hineingeworfen wird, steht er sofort den ganzen komplizierten Aufgaben der jetzigen Gewerkschaftsbewegung gegenüber. Die Erkenntnis, daß hier die allmählich gewonnene praktische Erfahrung durch ein anderes Mittel ersetzt werden muß, hat nun die Gewerkschaften veranlaßt, die Unterrichtskurse in Berlin ins Leben zu rufen. Immer aber können nur verhältnismäßig wenige an diesen Kursen teilnehmen.

Es ist daher zu überlegen, ob man nicht ein Stück weitergehen und auch den leitenden Genossen in den einzelnen Orten die Möglichkeit geben soll, sich eine bessere Spezialausbildung für ihre gewerkschaftliche Tätigkeit anzueignen. Selbstverständlich kann es sich nicht um eine Vervielfältigung wie in der Berliner Schulbildung handeln. Man wird sich auf eine Behandlung direkt gewerkschaftlicher Fragen beschränken müssen. Die technische Regelung dieser Angelegenheit ist nicht schwer, würde aber immerhin einige Mittel beanspruchen. Soweit einzelne Orte nicht selbst etwas leisten können, würde die Generalkommission eingreifen müssen. In ungefähr sechs Vorträgen könnte ein weites Gebiet der gewerkschaftlichen Grundanschauungen behandelt werden. In großen Städten, in denen Vortragskräfte vorhanden, könnte sechs Wochen hindurch an einem bestimmten Wochentage ein Vortrag veranstaltet werden, wie in ähnlichen zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten des Ruhrgebiets. An einzelgelegenen Orten müßten in zwei oder drei Wochen an je zwei oder drei aufeinanderfolgenden Tagen die Vorträge stattfinden. Bei diesen Veranstaltungen, die ja einige Stunden dauern können, dürfte es sich nicht bloß um einen Vortrag, sondern auch um eine Aussprache handeln. So könnten aktuelle Fragen erörtert werden.

Auch in dem

Bibliothekswesen

haben die Gewerkschaften von Anfang an ihre Schulbildung getan. Aber ein Fortschritt gegen früher ist nicht erzielt worden. Der Kosten des Bibliothekswesens ist in der Regel noch immer der unterste Posten in der ganzen Verwaltung. Das Bibliothekswesen darf nicht so betrieben werden, daß in geistloser Weise die zufällig vorhandenen Bücher an die zufällig kommenden Mitglieder ausgegeben werden.

Das vom Zentralbildungsausschuß herausgegebene Musterverzeichnis und die von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend herausgegebene Zusammenstellung für Jugendbibliotheken hat ja vieles gebessert. Leider wird von diesen Hilfsmitteln noch nicht genügend Gebrauch gemacht. Bei einer Neuausgabe des Verzeichnisses des Bildungsausschusses werden die Herausgeber jedenfalls gern bereit sein, der gewerkschaftlichen Literatur weitgehendsten Platz einzuräumen. Diese gewerkschaftliche Literatur, zum Teil auch die, die nicht unserem Standpunkt entspricht, muß in die Gewerkschaftsbibliotheken hinein. Auch die Unterhaltungsliteratur verdient, soweit es sich um gute Bücher handelt, durchaus Berücksichtigung. Der Bibliothekar muß laufend Mittel zur Verfügung haben, sie darf nicht nur eine Sammlung alter Bücher sein. Zentralbibliotheken für die gesamte Arbeiterkassier eines Ortes mit zugewandten, in den verschiedenen Stadtbezirken gelegenen Ausgabestellen sind der Zersplitterung durchaus vorzuziehen. Die Literaturbeilage des Korrespondenzblattes muß so ausgebaut werden, daß sie zu einem Redner der Bibliothek bei der Einrichtung, Ergänzung und Verwaltung der Bibliothek wird. Vor allem müssen die neu erscheinenden Bücher besprochen werden, um geeignetes Material für die Bibliotheken zu entdecken. Schon jetzt leistet die Zeitschrift „Der Bibliothekar“ wertvolle Arbeit, aber das Korrespondenzblatt dringt in alle Gewerkschaftskreise. Ich stehe auch Sachkennner auf den verschiedenen Wissensgebieten zur Verfügung. Redner legt folgende Leitfäden vor:

1. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Mitglieder mit Fragen des öffentlichen Lebens bekannt zu machen und ihnen Kenntnisse zu vermitteln, die geeignet sind, sie als Menschen zu heben und als kämpfende Arbeiter in ihren Kämpfen zu unterstützen. Die Erweiterung der Elementararbeitskräfte der Volksschule ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften. Wo von dritter Seite solche Versuche gemacht werden, sollen sie durch die Gewerkschaften gefördert werden.

2. Die Vorträge in den Gewerkschaftsversammlungen sind für ein längere Zeit vorher festzulegen. Bei dem Wechsel der Mitglieder erscheint es nicht angängig, in den regelmäßigen Versammlungen Vortragsstoffe zu veranstalten, dagegen ist zu empfehlen, daß die Vorträge eines halbjährigen Zeitraumes in Beziehung stehen. Soweit einzelne Organisationen imstande sind, für sich selbst Vortragsstoffe zu veranstalten, möge dieses außerhalb der regelmäßigen Versammlungen geschehen.

3. Die Veranstaltung von Vortragskursen, die allen Gewerkschaftsmitgliedern zugänglich sind, wird den drücklichen Bildungsausschüssen überlassen. In Ermangelung eines solchen kann das Gewerkschaftskartell Vortragskurse veranstalten. Voraussetzung der Beteiligung am Bildungsausschuß ist, daß die Gewerkschaften in ihm, ihrer Stärke entsprechend, vertreten sind und daß diejenigen Lehrgegenstände, die das Gebiet der Gewerkschaften betreffen, im Sinne der Gewerkschaften vorgelesen werden.

4. Den Gewerkschaftsfunktionären an den einzelnen Orten soll durch Vortragskurse, die das Gewerkschaftskartell veranstaltet, eine genaue Kenntnis der gewerkschaftlichen Grundföhrer vermittelt werden.

5. Die Literaturbeilage des Korrespondenzblattes ist so anzugestalten, daß sie den Bibliothekaren bei der Einrichtung, der Ergänzung und der technischen Verwaltung der Bibliotheken als Ratgeber dienen kann.

6. Im einzelnen werden beim Bibliothekswesen folgende Grundföhrer anerkannt:

- a) Zentralbibliotheken der gesamten Arbeiterkassier eines Ortes mit geeigneten, in den verschiedenen Stadtteilen gelegenen Ausgabestellen sind der jetzigen Zersplitterung vorzuziehen.
- b) Wo die Möglichkeit besteht, einen Bibliothekar anzustellen, ist dieses anzustreben. Bei der Wahl des Bibliothekars ist darauf zu sehen, daß er nicht allein imstande ist, die technischen Arbeiten zu erledigen, sondern daß er auch literarisches Verständnis hat und es versteht, in freundlicher und angemessener Weise den Besuchern bei der Auswahl von Büchern behilflich zu sein.
- c) Die Ergänzung der Bibliothek hat regelmäßig und laufend zu erfolgen. Dem Bibliothekar in Gemeinschaft mit der Bibliothekskommission ist im voraus ein Jahreskredit zu bewilligen, innerhalb dessen sie aus eigenem Entschluß neue Bücher anschaffen können.
- d) Der Gewerkschaftsliteratur ist mehr Platz einzuräumen.
- e) Gute Unterhaltungslektüre ist geeignet, anregend auf den Leser zu wirken. Hier dürfte es sich empfehlen, die neuere Literatur mehr als bisher zu berücksichtigen.

Redner schließt: Mit diesen Leitfäden ist der Leiter des Bildungsausschusses der Partei, Genosse Heinrich Schulz, mit dem ich während des Kongresses besprochen habe, vollständig einverstanden, wünscht aber einige kleine Änderungen. Im ersten Absatz vorletzte Zeile soll das Wort „sollen“ durch „können“ ersetzt werden, im Absatz 3 soll statt „ihrer Stärke entsprechend“ in paritätischer Weise gesagt werden, und im selben Absatz soll es in der vorletzten Zeile statt „berühren“ „behandeln“ heißen. Ich bin mit diesen Änderungen einverstanden und füge auf Wunsch des Genossen Schulz noch als Punkt 4a ein: „Den Gewerkschaften wird empfohlen, den künstlerischen Bedürfnissen ihrer Mitglieder in geeigneter Weise Rechnung zu tragen.“

Ich bin mir wohl bewußt, daß es mir nicht möglich war, neue Wege zu weisen. Es kann sich immer nur darum handeln, die vorhandenen Wege in beschleunigter Weise auszubauen. Aber auch damit, hoffe ich, kann der Arbeiterbewegung ein Dienst geleistet und zu ihrem weiteren Fortschritt beigetragen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Ueber die Diskussion und den Schluß des Kongresses berichten wir morgen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Der Wehrbruch bei der Reihemündung.

In der Nacht zum 23. Juni ist bekanntlich das Wehr in Reihemündung durch Unterspülung des einen Wehrpfeilers gebrochen und dadurch ist die Oberfließfahrt schwer betroffen worden. Vorläufig ist der gesamte Verkehr zwischen Cosel und Breslau unterbrochen, wie lange diese Unterbrechung dauern wird, ist noch unbestimmt. Die Strombauverwaltung wird ja schleunigst einen Notbau ertreiben lassen, ob das 14 Tage oder drei Wochen oder gar noch länger dauern wird, darüber gehen die Meinungen auseinander. Inzwischen liegen Hunderte von Schiffen brach und ihre Besätze sind ungemessentlich geschädigt. Gerate in den Sommermonaten sollen sie den Jahresverdienst herauschlagen. Die Obpölnzer Handelskammer ist bei der Eisenbahnverwaltung Kattowitz vorbestigt geworden um einen Ausnahmefahrt für Frachtfähre durchzuführen und die geschädigten Schiffseigner hatten Ende Juni in einer Versammlung in Brieg beschlossen, eine Petition an den Minister zu richten. In dieser Petition wird auf die traurige Lage der Schiffer im Oberwasser hingewiesen, die infolge des Einsturzes des Wehres an der Reihemündung ohne Proterwerb sind. Die Schiffer bitten den Minister um Rat und um baldigen Ersatz der ihnen entstandenen Unkosten. Die Petition trägt 35 Unterschriften.

Doch auch die im Transportarbeiterverband organisierten Schiffsmannschaften wünschten eine Aussprache über die Ursachen der Katastrophe und daher wurde zu Montagabend eine öffentliche Versammlung der Oberfließfahrts-Interessenten nach der „Garnison“ in Brieg zusammenberufen. Weit über 200 Schiffer und Schiffseigner waren unserem Rufe gefolgt und lauschten mit großer Spannung dem Referat, welches Genosse L. Müller aus Breslau hielt. Unser Redner schilderte zunächst die soziale Lage der schiffahrttreibenden Bevölkerung, die von den schwerreichen Reedereien ausgebeutet werden. Er glaubte das Schicksal der Petition voraussetzen zu können. Eine irgendwo gearbei-ete Schuld irgend eines Organs der staatlichen Wasserbauverwaltung wird rundweg verneint werden, desgleichen jede Verschuldung der Wehrbehörde zu etwelchem Schadenersatz. Und was die Möglichkeit der Gewährung irgend einer freiwilligen Leistung zugunsten der Petenten anbelangt, so werden diese mit um, ihre Hoffnungen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Ein Prozeß gegen den Strombauausfluß sei eine langwierige und kostspielige Sache. Redner verwies darauf, daß das Nachblatt „Die gute Fahrt“ bereits vorher die drohende Gefahr angekündigt hatte. Genau so wie der Hochbau große Sorgsamkeit erfordert, ist dies bei dem Wasserbau der Fall, praktische Schiffererfahrungen wurden aber nur selten zu Rate gezogen. Herr Zivilingenieur Bloß hatte in der Breslauer Morgen-Beilage eine technische Abhandlung über die Ursachen der Katastrophe veröffentlicht, die der Referent in ihren wesentlichen Punkten bekannt gab. Redner forderte die Verwendung der Gelder der deutschen Steuerzahler zu Kulturzwecken im eigenen Vaterlande, dazu rechnete er auch die größtmögliche Sicherheit auf den Wasserstraßen und wandte sich hart gegen die Verwendung deutscher Geldes für unstrukturelle Zwecke, wie für unsere unfruchtbaren Kolonien. Zum Schluß gab er ein kurzes klares Bild der Forderungen der Sozialdemokratie und forderte er die Anwesenenden zur Mitarbeit unter der roten Fahne auf. Mitleidiger reicher Beifall lohnte unseren Redner.

Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft und interessant. An ihr beteiligten sich Schiffseigner und Schiffsangestellte. Die Redner schilderten Mißstände bei der Regelung der Stromverhältnisse, sie kritisierte den Zustand des Wehres an der Reihemündung und einige Bestimmungen der Polzel-Verordnung über die Schifffahrt und die Flößerei auf der Ober. Speziell den § 29 Absatz 8 dieser Verordnung, der die Vorschriften beim Eintritt in die Schleusen enthält. Ein Schiffseigner forderte die zu billigen Zinsföhrer abgegebenen Gelder der Landesversicherungs-Anstalt auch für Schiffer. Er geißelte die Großindustriellen und Agrarier, die diese billigen Gelder erheben, mit ihren eigenen Kapitalen aber Dividenden jügerei betreiben.

In seinem Schlußwort sprach Genosse Müller nochmals auf die Bestrebungen der Sozialdemokratie ein und erinnerte die Anwesenden daran, daß wir bei den bevorstehenden Wahlen mit Winterwahlen zu rechnen hätten, wo sie in ihren Heimatorten die Agitation in die Hand nehmen müßten. Er appellierte für tatkräftige Mitarbeit. In das dreifache Hoch auf die Sozialdemokratie, mit welchem der Genosse Jaroschin die Versammlung schloß, stimmten die Anwesenden begeistert ein.

Diese Versammlung bedeutet ein gutes Eindringen der Sozialdemokratie in die Kreise der Schiffseigner. Sie erst wieder im April dieses Jahres von der Firma Casar Wollheim, West und Reeder in Cosel bei Breslau zum Anschluß an gegnerische Organisationen aufgefordert worden waren. Das diesbezügliche Zirkular hat folgenden Wortlaut:

Von der Königlich Preussischen Staats-Regierung ist unter Bezugnahme von Oberfließfahrts-Interessenten ein Verein ins Leben gerufen worden, der den Namen „Schiffseigner-Verein für die Ober“ trägt, und der den Zweck verfolgt, das geistige und selbstliche Wohl der auf der Ober fahrenden Schifferbevölkerung zu fördern. Zur Erfüllung dieses Zweckes errichtet der Verein Schifferkassenvereine mit geordneten volkswirtschaftlichen Unterricht, Kreisversammlungen, Schifferheime mit Rechtsauskunftstellen usw.

Mit Rücksicht auf den außerordentlich segensreichen Zweck des Vereins, bitte ich Sie, die Bestrebungen dieses neu ins Leben gerufenen Vereins auch Ihrerseits dadurch zu fördern, daß Sie ihm als Mitglied beitreten, bezw. mich ermächtigen, Sie als Mitglied anzumelden und den Jahres-Mindestbeitrag, der nach den Statuten § 21. pro Mitglied beträgt, in Ihrem Auftrage und für Ihre Rechnung zu veranlassen.

Caspar Wollheim, West und Reeder.

Der Direktor:
(Unterschrift unleserlich.)

Die Schiffseigner haben ebenfalls eingesehen, daß nicht die Reeder, sondern die Sozialdemokraten ihre Interessen vertreten. Denn, kommt es zu einem Prozeß gegen den Strombauausfluß wegen der letzten Katastrophe, so werden sich die großen Reedereien schon hüten, sich bei den Behörden Unannehmlichkeiten zu bereiten, auf deren Entgegenkommen und Kulanz sie bauen zu können sind.

Über die Treppen fand gar nicht Zeit und nicht hoch, mein Herr, ich verfiere Sie! Ich laufe hieher Treppen hinab, um Ihnen die Treppen zu zeigen, meine Herr —

Der junge Mann verbeugte sich mit einem leisen, halb quäligen, halb überlegenen Lächeln und folgte dem Herrn Frau, die mit raschen Bewegungen dies und jenes vor ihm aus dem Saal räumte, in das Entree und dann in die gute Stube.

„Dies wäre das Zimmer“, sagte sie, indem sie nach einem flüchtigen Grundriss ihre Augen fortwährend auf sein Freundliches, etwas milde Gesicht richtete. „Die Schürze begibt sich von den Hofmeisterinnen natürlich abgenommen. Es ist braunroter Stoff darunter — sehen Sie — und das Sofa ist natürlich ebenfalls. Ihr haben uns diese Garantie erst vor hiergegnen Jahren angekauft, als mein Mann noch im Dienst war. Nach darauf bekam er den großen Eifer und mußte leider seinen Abschied nehmen. Aber wir haben noch nie vertrieben, und gar so nichtig haben wir es auch nicht. Es ist nur ... höflich Sie, mein Herr, unsere alte Ködler ist so hochachtungsvoll, sie flüster flüster in die Ohren, und das ist doch ein hübsches Köpfbild. Geduld —“

„Ich verbeuge mich — natürlich“, erwiderte er bereitwillig. „Das Zimmer ist recht hübsch, ich würde mir noch ein anderes haben.“

„Das ist gleich nebenan, durch jene Kapelle. Es ist allerdings noch nicht aufgeräumt, wir ...“

„Mein Herr, das macht nichts — nur einen Blick des zäumligen Umfanges begier — so, harte verbindlich, das würde als Schlafzimmer genügen. Und nun der Preis, bitte?“

Die bedrückte kleine Frau wurde hilflos verlegen. Sie presste die Hände ineinander, und auf dem verhängten Gesicht malten sich harte Furchen.

„Ich sagte schon, mein Herr, daß wir es eigentlich nicht nötig haben. So — und es soll Ihnen abtun an nichts fehlen. Ich belege alles selbst. Berechnen Sie einen Ankauf.“ — „Ernst?“

„Sie auf ein erprobtes Nummernbuch trat ein hochgeachteter alter Herr ins Zimmer. Der leere Tisch unter den büßigen Frauen erinnerte an sein Leben. Mit dem gespannten, lauernden Ausdruck des Mannes lauschte er nicht der Erklärung hin, wo er den Fremden sah — und als wenn er auch gefügt hätte, daß dieser sich vorzeitig, fähig er die Geduld seiner buntgezeichneten Vorgesetzten zu lassen.“

„Mein Name ist Rodner, Rechnungsrat a. D., wenn ich recht gehört habe, wünschenswerth Sie zu mir. Herr ...?“

„Herr Rodner, Dr. Heinz Vindhaber. Ich bin Geschäftshausbesitzer und möchte mich hundertmal ein Jahr hier aufhalten.“

„Aber Rodner, die buntegezeichneten Vorgesetzten anzuheben. Dann möchte ich Sie bitten, Sie zu mir an meinem Tisch zu hängen, das ist die höchste Ehre.“

„Ich habe keine Zeit, Herr Vindhaber, Sie haben meine Pension und — es ist nur wegen meiner Ködler, die als Geschäftlerin eine große Zukunft hat. Sie haben Zeit.“

„Frau Gemahlin, erlaube mir bereits, Herr Frau, Sie zu begrüßen, aber doch schon mit einem leichten Anflug von Ungeduld. Wenn Sie die Brautverlobung haben wollen —“

Der Doktor beschleunigte daher die letzten Abmachungen, und man kam überein, daß er noch heute einziehen sollte.

Die Gemahlin Rodner hatte eben ihre Mitteilungen beendet. Da ihr von den drei Zimmern nur eine gewählt wurde geblieben war, so spielte man in der Stube. Über das machte nichts. Gerüchten Sie ab, wie immer, für zwei, und der alte Herr war aufgeräumt wie selten.

Die Stube war für einen Monat im voraus erledigt worden, und der Rechnungsrat brauchte darauf, abgesehen von fünfzig Mark gleich nach Einziehen zu zahlen. Sda sollte ihn zur Post begleiten — aber aufgeben wollte er das Geld an seine Frau selbst. Er war schon zum Auszuge fertig und hielt die fünf Goldstücke in der Hand, als er sah, daß die Frau noch nicht gekommen war.

„Das müßte doch sein, so lange, Mädchen!“ rief bei aller Eile schließlich zwischen Rodner und Ungeduld, indem er mit dem Spagelstock anklopfte.

„Gott so, Frau, ich komme ja schon!“ Aber sie antwortete nicht, sondern blieb stehen. „Ich finde es überaus unwohl“, sagte sie laut, indem sie sich erhob, daß die Frau das Geld partout heute schon weggeschickt hätte. Morgen könnten doch meine zehn Mark auch gleich mitgehen — da hätte Sie doch auch gleich was von mir, nicht wahr, Mutter?“

Der Rodner antwortete nicht. Sie schien noch weiter, noch eingehender als sonst. Sie hielt ihren Fächer mit dem aufgeschärmten Kopfteil in der Hand und stand mit der Hand auf dem Kopf, ohne etwas zu sagen.

„Sie sind was, Mädchen?“ fragte der alte, indem er seine ungeduldige Ironie in der Stille unterbrach und aufstand. „Sie fällt jetzt ein, Du warst eigentlich schon den ganzen Vormittag dort.“

„Aber Herr, ich habe die Frau ab, indem sie eilt in ihrem Zimmer hoch. Sda lachte.

„Wundersam, ich muß traurig, weil ihr der Doktor die schönen gezeichneten Entwürfe abgeräumt hat, und die Pläne von der Etagere. Sogar den fischen kleinen Probestand mit dem Wundarzt hat er rausgeschmissen.“

„Sda ging die Zeit, und gleich darauf klopfte es an der Stube.“

„Frau Frau, verzeihen Sie — einen Moment, wenn ich bitten darf.“

Der Doktor trat zu Rodner. „Frau Rodner mit allerhöchster Eile im Zimmer ihres müde Rodner stand, daß dieser verlegen lächelnd auf sie blickte.“

„Ich bitte sehr um Entschuldigung“, sagte er, „aber ich vermute, ein Missverständnis. Ich habe Sie nicht gesehen im Wohnzimmer, aber — es ist ja ein Missverständnis.“

„Da — unter der Schirmhaube. Entschuldigen Sie es, bitte, Frau Rodner. Ich habe Sie nicht gesehen.“

Der Doktor beschleunigte daher die letzten Abmachungen, und man kam überein, daß er noch heute einziehen sollte.

Die Gemahlin Rodner hatte eben ihre Mitteilungen beendet. Da ihr von den drei Zimmern nur eine gewählt wurde geblieben war, so spielte man in der Stube. Über das machte nichts. Gerüchten Sie ab, wie immer, für zwei, und der alte Herr war aufgeräumt wie selten.

Die Stube war für einen Monat im voraus erledigt worden, und der Rechnungsrat brauchte darauf, abgesehen von fünfzig Mark gleich nach Einziehen zu zahlen. Sda sollte ihn zur Post begleiten — aber aufgeben wollte er das Geld an seine Frau selbst. Er war schon zum Auszuge fertig und hielt die fünf Goldstücke in der Hand, als er sah, daß die Frau noch nicht gekommen war.

„Das müßte doch sein, so lange, Mädchen!“ rief bei aller Eile schließlich zwischen Rodner und Ungeduld, indem er mit dem Spagelstock anklopfte.

„Gott so, Frau, ich komme ja schon!“ Aber sie antwortete nicht, sondern blieb stehen. „Ich finde es überaus unwohl“, sagte sie laut, indem sie sich erhob, daß die Frau das Geld partout heute schon weggeschickt hätte. Morgen könnten doch meine zehn Mark auch gleich mitgehen — da hätte Sie doch auch gleich was von mir, nicht wahr, Mutter?“

Der Rodner antwortete nicht. Sie schien noch weiter, noch eingehender als sonst. Sie hielt ihren Fächer mit dem aufgeschärmten Kopfteil in der Hand und stand mit der Hand auf dem Kopf, ohne etwas zu sagen.

„Sie sind was, Mädchen?“ fragte der alte, indem er seine ungeduldige Ironie in der Stille unterbrach und aufstand. „Sie fällt jetzt ein, Du warst eigentlich schon den ganzen Vormittag dort.“

„Aber Herr, ich habe die Frau ab, indem sie eilt in ihrem Zimmer hoch. Sda lachte.

„Wundersam, ich muß traurig, weil ihr der Doktor die schönen gezeichneten Entwürfe abgeräumt hat, und die Pläne von der Etagere. Sogar den fischen kleinen Probestand mit dem Wundarzt hat er rausgeschmissen.“

„Sda ging die Zeit, und gleich darauf klopfte es an der Stube.“

„Frau Frau, verzeihen Sie — einen Moment, wenn ich bitten darf.“

Der Doktor trat zu Rodner. „Frau Rodner mit allerhöchster Eile im Zimmer ihres müde Rodner stand, daß dieser verlegen lächelnd auf sie blickte.“

„Ich bitte sehr um Entschuldigung“, sagte er, „aber ich vermute, ein Missverständnis. Ich habe Sie nicht gesehen im Wohnzimmer, aber — es ist ja ein Missverständnis.“

„Da — unter der Schirmhaube. Entschuldigen Sie es, bitte, Frau Rodner. Ich habe Sie nicht gesehen.“

Über die Treppen fand gar nicht Zeit und nicht hoch, mein Herr, ich verfiere Sie! Ich laufe hieher Treppen hinab, um Ihnen die Treppen zu zeigen, meine Herr —

Der junge Mann verbeugte sich mit einem leisen, halb quäligen, halb überlegenen Lächeln und folgte dem Herrn Frau, die mit raschen Bewegungen dies und jenes vor ihm aus dem Saal räumte, in das Entree und dann in die gute Stube.

„Dies wäre das Zimmer“, sagte sie, indem sie nach einem flüchtigen Grundriss ihre Augen fortwährend auf sein Freundliches, etwas milde Gesicht richtete. „Die Schürze begibt sich von den Hofmeisterinnen natürlich abgenommen. Es ist braunroter Stoff darunter — sehen Sie — und das Sofa ist natürlich ebenfalls. Ihr haben uns diese Garantie erst vor hiergegnen Jahren angekauft, als mein Mann noch im Dienst war. Nach darauf bekam er den großen Eifer und mußte leider seinen Abschied nehmen. Aber wir haben noch nie vertrieben, und gar so nichtig haben wir es auch nicht. Es ist nur ... höflich Sie, mein Herr, unsere alte Ködler ist so hochachtungsvoll, sie flüster flüster in die Ohren, und das ist doch ein hübsches Köpfbild. Geduld —“

„Ich verbeuge mich — natürlich“, erwiderte er bereitwillig. „Das Zimmer ist recht hübsch, ich würde mir noch ein anderes haben.“

„Das ist gleich nebenan, durch jene Kapelle. Es ist allerdings noch nicht aufgeräumt, wir ...“

„Mein Herr, das macht nichts — nur einen Blick des zäumligen Umfanges begier — so, harte verbindlich, das würde als Schlafzimmer genügen. Und nun der Preis, bitte?“

Die bedrückte kleine Frau wurde hilflos verlegen. Sie presste die Hände ineinander, und auf dem verhängten Gesicht malten sich harte Furchen.

„Ich sagte schon, mein Herr, daß wir es eigentlich nicht nötig haben. So — und es soll Ihnen abtun an nichts fehlen. Ich belege alles selbst. Berechnen Sie einen Ankauf.“ — „Ernst?“

„Sie auf ein erprobtes Nummernbuch trat ein hochgeachteter alter Herr ins Zimmer. Der leere Tisch unter den büßigen Frauen erinnerte an sein Leben. Mit dem gespannten, lauernden Ausdruck des Mannes lauschte er nicht der Erklärung hin, wo er den Fremden sah — und als wenn er auch gefügt hätte, daß dieser sich vorzeitig, fähig er die Geduld seiner buntgezeichneten Vorgesetzten zu lassen.“

„Mein Name ist Rodner, Rechnungsrat a. D., wenn ich recht gehört habe, wünschenswerth Sie zu mir. Herr ...?“

„Herr Rodner, Dr. Heinz Vindhaber. Ich bin Geschäftshausbesitzer und möchte mich hundertmal ein Jahr hier aufhalten.“

„Aber Rodner, die buntegezeichneten Vorgesetzten anzuheben. Dann möchte ich Sie bitten, Sie zu mir an meinem Tisch zu hängen, das ist die höchste Ehre.“

„Ich habe keine Zeit, Herr Vindhaber, Sie haben meine Pension und — es ist nur wegen meiner Ködler, die als Geschäftlerin eine große Zukunft hat. Sie haben Zeit.“

„Frau Gemahlin, erlaube mir bereits, Herr Frau, Sie zu begrüßen, aber doch schon mit einem leichten Anflug von Ungeduld. Wenn Sie die Brautverlobung haben wollen —“

„So, Ernst, den Preis. Wie kann ich Ihnen helfen?“

Der Doktor beschleunigte daher die letzten Abmachungen, und man kam überein, daß er noch heute einziehen sollte.

Die Gemahlin Rodner hatte eben ihre Mitteilungen beendet. Da ihr von den drei Zimmern nur eine gewählt wurde geblieben war, so spielte man in der Stube. Über das machte nichts. Gerüchten Sie ab, wie immer, für zwei, und der alte Herr war aufgeräumt wie selten.

Die Stube war für einen Monat im voraus erledigt worden, und der Rechnungsrat brauchte darauf, abgesehen von fünfzig Mark gleich nach Einziehen zu zahlen. Sda sollte ihn zur Post begleiten — aber aufgeben wollte er das Geld an seine Frau selbst. Er war schon zum Auszuge fertig und hielt die fünf Goldstücke in der Hand, als er sah, daß die Frau noch nicht gekommen war.

„Das müßte doch sein, so lange, Mädchen!“ rief bei aller Eile schließlich zwischen Rodner und Ungeduld, indem er mit dem Spagelstock anklopfte.

„Gott so, Frau, ich komme ja schon!“ Aber sie antwortete nicht, sondern blieb stehen. „Ich finde es überaus unwohl“, sagte sie laut, indem sie sich erhob, daß die Frau das Geld partout heute schon weggeschickt hätte. Morgen könnten doch meine zehn Mark auch gleich mitgehen — da hätte Sie doch auch gleich was von mir, nicht wahr, Mutter?“

Der Rodner antwortete nicht. Sie schien noch weiter, noch eingehender als sonst. Sie hielt ihren Fächer mit dem aufgeschärmten Kopfteil in der Hand und stand mit der Hand auf dem Kopf, ohne etwas zu sagen.

„Sie sind was, Mädchen?“ fragte der alte, indem er seine ungeduldige Ironie in der Stille unterbrach und aufstand. „Sie fällt jetzt ein, Du warst eigentlich schon den ganzen Vormittag dort.“

„Aber Herr, ich habe die Frau ab, indem sie eilt in ihrem Zimmer hoch. Sda lachte.

„Wundersam, ich muß traurig, weil ihr der Doktor die schönen gezeichneten Entwürfe abgeräumt hat, und die Pläne von der Etagere. Sogar den fischen kleinen Probestand mit dem Wundarzt hat er rausgeschmissen.“

„Sda ging die Zeit, und gleich darauf klopfte es an der Stube.“

„Frau Frau, verzeihen Sie — einen Moment, wenn ich bitten darf.“

Der Doktor trat zu Rodner. „Frau Rodner mit allerhöchster Eile im Zimmer ihres müde Rodner stand, daß dieser verlegen lächelnd auf sie blickte.“

„Ich bitte sehr um Entschuldigung“, sagte er, „aber ich vermute, ein Missverständnis. Ich habe Sie nicht gesehen im Wohnzimmer, aber — es ist ja ein Missverständnis.“

„Da — unter der Schirmhaube. Entschuldigen Sie es, bitte, Frau Rodner. Ich habe Sie nicht gesehen.“

Stiefmutter.

Glücken Sie?

Nein, ich!

Wie geht es?

Einem Complément niedrige Proge- und Antiquität überholte sich in den ersten Tagen des Wintermonats, als ich mich in der Stube auf dem Sofa niederließ, um ein wenig zu lesen. Die Stube war für einen Monat im voraus erledigt worden, und der Rechnungsrat brauchte darauf, abgesehen von fünfzig Mark gleich nach Einziehen zu zahlen. Sda sollte ihn zur Post begleiten — aber aufgeben wollte er das Geld an seine Frau selbst. Er war schon zum Auszuge fertig und hielt die fünf Goldstücke in der Hand, als er sah, daß die Frau noch nicht gekommen war.

„Das müßte doch sein, so lange, Mädchen!“ rief bei aller Eile schließlich zwischen Rodner und Ungeduld, indem er mit dem Spagelstock anklopfte.

„Gott so, Frau, ich komme ja schon!“ Aber sie antwortete nicht, sondern blieb stehen. „Ich finde es überaus unwohl“, sagte sie laut, indem sie sich erhob, daß die Frau das Geld partout heute schon weggeschickt hätte. Morgen könnten doch meine zehn Mark auch gleich mitgehen — da hätte Sie doch auch gleich was von mir, nicht wahr, Mutter?“

Der Rodner antwortete nicht. Sie schien noch weiter, noch eingehender als sonst. Sie hielt ihren Fächer mit dem aufgeschärmten Kopfteil in der Hand und stand mit der Hand auf dem Kopf, ohne etwas zu sagen.

„Sie sind was, Mädchen?“ fragte der alte, indem er seine ungeduldige Ironie in der Stille unterbrach und aufstand. „Sie fällt jetzt ein, Du warst eigentlich schon den ganzen Vormittag dort.“

„Aber Herr, ich habe die Frau ab, indem sie eilt in ihrem Zimmer hoch. Sda lachte.

„Wundersam, ich muß traurig, weil ihr der Doktor die schönen gezeichneten Entwürfe abgeräumt hat, und die Pläne von der Etagere. Sogar den fischen kleinen Probestand mit dem Wundarzt hat er rausgeschmissen.“

„Sda ging die Zeit, und gleich darauf klopfte es an der Stube.“

„Frau Frau, verzeihen Sie — einen Moment, wenn ich bitten darf.“

Der Doktor trat zu Rodner. „Frau Rodner mit allerhöchster Eile im Zimmer ihres müde Rodner stand, daß dieser verlegen lächelnd auf sie blickte.“

„Ich bitte sehr um Entschuldigung“, sagte er, „aber ich vermute, ein Missverständnis. Ich habe Sie nicht gesehen im Wohnzimmer, aber — es ist ja ein Missverständnis.“

Von den Stimmereifahrungen im Juli.

Rom 1888.

Während uns die Sonne ihre Strahlen an den Fenstern aufhien, stiegen wir auf den Berg, um die Stimmereifahrungen zu machen. Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.

Die Stimmereifahrungen sind eine wichtige Angelegenheit für die Regierung, und wir haben die Ehre, an der Spitze der Kommission zu sein. Die Stimmereifahrungen werden am 1. Juli stattfinden, und wir werden die Ergebnisse am 15. Juli bekanntgeben. Wir hoffen, dass die Stimmereifahrungen erfolgreich verlaufen werden, und dass die Regierung die besten Entscheidungen treffen wird.